Gelsenkirchener Zeitung.

Bezugspreis durch Boten zugestellt oder durch die Post bezogen 12 500 000 Mk. freibleibend.
Einzel-Nummer 700 000 Mk. — Erscheint täglich, außer an Sonn- und Festtagen.
Gratis-Beilagen:
„Gelsenkirchener Sonntags-Zeitung", „Am Herdfeuer" und „Sport-Extrablatt"
Telegramm-Adresse: Gelsenkirchener Zeitung. — Postscheck-Konto Essen Nr. 13146.
Geschäftsstelle: Gelsenkirchen, Ahstraße 37, geöffnet von morgens 8—1 Uhr, 2—6 Uhr abends.
Fernsprech-Anschluß: Amt Gelsenkirchen Nr. 124 und 125.
Verlag und Rotationsdruck von Chr. Münstermann in Gelsenkirche

Anzeigenpreis für 1 mm Raumhöhe (27 mm breit) 400 000 Mk., im Ortsverkehr 500 000 Mk.
kleine Anzeigen nicht geschäftlicher Art 200 000 Mk.
Reklamen 1 mm Raumhöhe (80 mm breit) 1 000 000 Mk. Sämtliche Preise sind freibleibend.
Für Aufnahmen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für Aufträge mittels Fernsprecher wird keine Gewähr und für Druckfehler keine Haftung übernommen. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung, Erscheinungsverbot hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen acht Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.

Nr. 208 — Montag, den 17. September 1923 — 59. Jahrgang.

Poincares jüngste Sonntagsreden.

Poincare bleibt auf seinem Standpunkt.

:::: **Paris**, 16. Sept. **(Telegr.)**

Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Dun-sur-Meuse hielt heute vormittag Ministerpräsident Poincare die erste der angekündigten beiden politischen Reden. Poincare erklarte u. a.: Es wäre ein ebenso großer Irrtum, wenn wir uns einbilden wollten, daß unsere Freunde und nicht wir selbst die Verteidigung unserer Interessen durchzuführen haben, wie es Unrecht wäre, zu befürchten, daß wir unsere Rechte wahren oder irgend jemand schädigen könnten. Unsere Rechte sind im Vertrage niedergelegt, den unsere Alliierten unterzeichnet haben. Es wurde keine Sonderheit in den Beziehungen der Völker geben, wenn abgeschlossene Verträge verleugnet werden. Weder einer internationalen Kommission noch internationalen Sachverständigen, **noch nicht einmal dem Völkerbund**, dessen Aufgaben groß sind, hat der Vertrag von Versailles die Aufgaben zugeteilt, die Höhe der deutschen Schuld festzusetzen oder die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie bezahlt werden sollen, sondern einer besonderen Kommission, die Reparationskommission heißt und deren Befugnis Deutschland ausdrücklich anerkannt hat. Wenn man daran denkt, sie beiseite zu schieben, so geschieht dies, weil man glaubt, daß sie zu neuen Konzessionen wenig geneigt ist. Aber diese neuen Konzessionen würden den übernommenen Verpflichtungen zuwiderlaufen, und das ist Anlaß genug, daß wir uns dazu nicht hergeben. Wir haben Pfänder in der Hand, die wir behalten werden, bis wir Befriedigung erzielt haben.

Poincare über Frankreichs Sicherheit.

*** **Paris**, 16. Sept. 1923. **(Telegr.)**

Bei seiner heute in Briculles sur Meuse gehaltenen Rede führte Poincare u. a. aus: Wenn die Verwüstungen, deren sich Deutschland schuldig gemacht hat, diejenigen, die die moralische Verantwortung dafür tragen, nichts oder fast gar nichts kosten würden, so würden früher oder später die jungen Deutschen aus der alten Schule glauben, daß sie um diesen Preis den Versuch von neuem unternehmen könnten. Wir müssen also den Betrag unserer Reparationen fordern und über die Aufrechterhaltung unserer Sicherheit wachen. In beiden Fragen werden wir den Sperling in der Hand nicht mit der Taube auf dem Dache aufgeben. Deutschland, daß heute in Massen Kanonen, Flugzeuge und Munition bei sich oder in andern Ländern (??) herstellen kann, das in einigen Jahren, zur Rache bereit, uns gegenüberstehen kann, das unsere tapferen und treuen schwarzen Truppen zu diskreditieren versuchte und nicht will, daß wir eine Nation von 100 Millionen Menschen sind, gibt uns heute Zusicherungen mit Worten, die es für verlockend hält, und Versprechungen, von denen es Wunder erwartet. Es gibt bei unseren Alliierten Leute, die den Gedanken vortrefflich finden, daß

die rheinischen Uferstaaten

sich für eine bestimmte Zeit den status quo garantieren lassen wir nicht zu, daß die Freunde Frankreichs sich auf gefährlichen Wegen verirren. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt haben wird, steht es ihm frei, seine Zulassung zum Völkerbund zu verlangen, dann werden Frankreich und Deutschland sich durch die Zugehörigkeit zum Völkerbund gegenseitig gegen einen Angriff sichern. Ein

Sonderpakt für die Rheingrenze

würde den allgemeinen Pakt schwächen, denn er würde Deutschland im Osten oder im Süden mehr Freiheit lassen als im Westen. Wenn Deutschland wieder militärischen Heißhunger bekommen wird, wird es seinen Angriff weit ab vom Rhein beginnen. Ein Garantiepakt kann

für uns keinerlei praktischen Wert

haben, wenn er im Angriffsfalle keine recht umfangreiche Sicherheit garantiert. Garantiepakte, die nicht auf technischem Abkommen analog dem früheren beruhen, würden uns im Augenblick der Gefahr aussetzen, allein oder fast allein lassen. Man würde uns erklären, daß wir nichts mehr zu fürchten hätten, daß wir abrüsten müssen, und wir würden, wenn die Stunde gekommen ist, von einem überlegenen, stärker ausgerüsteten Feinde überfallen. Im übrigen wird diesem Angebot hinzugefügt: Wenn ihr durch einen Hauptunterzeichneten geschützt seid, so werdet ihr doch bereit sein, das linke Rheinufer zu räumen, bevor die durch den Friedensvertrag festgesetzte Frist abgelaufen ist. Sämtliche Regierungen, die in Frankreich seit 1919 einander gefolgt sind, haben erklärt, daß die Besatzungsfristen für das linke Rheinufer nicht zu laufen begonnen hätten, man dächte nichtsdestoweniger sie abzukürzen. Hierzu werden wir uns nicht hergeben. Frankreich wird die ihm durch den Friedensvertrag gewährten Sicherheiten festhalten. Weder in dieser noch in der Reparationsfrage wird es sich mit bloßem Schein begnügen.

Die Kritik des „Temps" an Stresemann.

ss **Paris**, 16. September. **(Telegr.)**

In seinem Leitartikel schreibt der „Temps", einerseits habe Stresemann erkennen lassen, wie die deutschen Zahlungen durchgeführt und garantiert werden können, anderseits habe er ein gewisses Verfahren vorgeschlagen, um den Ruhrkonflikt zu regeln. Stresemann habe in seiner letzten Mittwoch-Rede keine Zahlen genannt. Er habe keine genauen Angaben gemacht, nicht einmal diejenigen, die in der deutschen Presse genannt wurden, als das Projekt von Marx auftauchte. Marx schätzte in seinem Brief an das „Berliner Tageblatt" vom 20. September 1922 das Kapital, das eine Hypothek von 20 Prozent auf die Gesamtheit des deutschen Besitzes darstellen werde, auf 25 bis 30 Goldmilliarden. Man ist darüber erstaunt, daß Stresemann nicht mit einem besser vorbereiteten Plan an die Regierung gekommen ist. Etwas ist vor allem notwendig: der deutsche Fiskus muß in der Lage sein, die fälligen Steuern einzuziehen und eine Kontrolle hierüber ausüben zu können. Stresemann habe Mittwoch erklärt, er werde einerseits einer Forderung der bayrischen Regierung und anderseits einer Forderung des deutschen Exporthandels nachgeben. Wenn Stresemann schon dahin gelangt ist, daß er die Belastung seiner Steuerskala erleichtert, und wenn er von selbst seine Kontrollbefugnisse einschränkt, wie will er dann dahin gelangen können, allen Besitzern realen Reichtums die Lasten einer Hypothek aufzuerlegen, die für die Zahlung der Reparationen bestimmt ist? Und außerdem die Ungeschicklichkeit einer Kontrolle, die durch ihn unerläßlich wäre, um den Betrag der Hypothek festzusetzen, sowie um die Zahlung der Zinsen zu sichern?

Der „Temps" bespricht alsdann eine angeblich offiziöse Aeußerung der Berliner „B. Z. am Mittag", in der die einzelnen Etappen zur eventuellen Einstellung des passiven Widerstandes und der Räumung des Ruhrgebiets dargestellt werden. Und die Zahlungen? fährt der „Temps" dann fort. Man wird sagen, in diesem Punkte sind trotz der Bemühungen der „B. Z." die Gedanken Stresemanns dunkel, obwohl das Blatt versichert, daß die Durchführung des deutschen Programms bedeutend zahlungserträglicher werde, sobald die Räumung des Ruhrgebiets begonnen habe. Stresemann macht sich über sich selbst lustig, so ist die Schlußfolgerung des „Temps", die es aus dem neuen deutschen Angebot herausliest.

Der französische Wiederaufbau.

Die „Basler Nachrichten" gaben unlängst nach einer englischen Quelle, dem „Report on Economic Conditions in France" von dem Wirtschaftsattachee J. R. Cahill der englischen Botschaft in Paris, den das englische Departement of Oversea Trade herausgegeben hat, folgende Uebersicht über den Wiederaufbau in Frankreichs zerstörten Gebieten wieder, der nicht ohne Interesse ist. Nach der Statistik vom 1. März 1923 war der Stand der Dinge folgender:

Bevölkerungsstand im Jahre 1914: 4 690 183. Zahl der Personen, die das Gebiet während des Krieges verlassen mußten: 2 615 116. Heutige Bevölkerung 4 074 970.

Bodenfläche: verwüster 3 306 650 Hektar; nach Geschossen abgesucht 3 103 541 Hektar; von Geschossen, Schienen, Schützengraben und Kriegsmaterial gesäuberter Boden 2 931 159 Hektar.

Ortschaften: geräumt 3256 Hektar; wieder bewohnt 3238 Hektar.

Elementarschulen: vor dem Kriege 8301, wieder eingerichtet 7734.

Häuser: zerstörte Gebäude 293 043, beschädigte 500 997, vorläufig ausgebessert 181 000, endgültig wieder hergestellt 244 766, neu errichtet 16 951.

Vorläufige Gebäude: aus Holz 86 281, aus altem Material 44 836, Baracken 24 810.

Landwirtschaft: verwüsteter Boden 1 923 479 Hektar, gepflügter Boden 1 558 569 Hektar.

Landwirtschaftliche Gebäude: neu erbaut 23 544, vorläufig nutzbar gemacht 21 183, endgültig wieder hergestellt 77 336.

Behelfsbauten: aus Holz 17 366, unter Verwendung alten Materials gebaut 4160, Baracken 12 944.

Wege: zerstört 58 697 Kilometer, aufgeräumt 23 625 Kilometer, wieder hergestellt 32 959 Kilometer.

Brücken: zerstört 6123, wieder hergestellt 5189.

Haupteisenbahnlinien: zerstört 2404 Kilometer, vollkommen wieder hergestellt 2404 Kilometer.

Eisenbahnbrücken: zerstört 1503, wieder hergestellt 1503.

Nebenlinien: zerstört 2409 Kilometer, wieder hergestellt 1523 Kilometer.

Fabriken mit mehr als zehn Arbeitern: zerstört 9355, teilweise in Betrieb 3215, in voller Tätigkeit 4100.

Ihrer Durchführung harren noch die folgenden Arbeiter: Bodenbereinigung von etwa 370 000 Hektar, Bau von 350 000 neuen Häusern an Stelle der bisherigen provisorischen, Wiederherstellung von 3000 Kilometer Wegen, 1000 Brücken, 900 Kilometer Nebenbahnen, Zuschüttung von 53 000 Kubikmeter Schützengräben, Wegräumen von 87 000 Meter Stacheldraht.

Das Basler Blatt bemerkt weiter dazu:

Die deutschen Sachlieferungen hatten einen relativ geringen Anteil am Wiederaufbau, der in weitestem Maße französischen Unternehmern zustatten kam und wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs beigetragen hat. Nach dem „Journal Officiel" beträgt die gesamte Summe der amtlich anerkannten Privatschäden 85,789 Milliarden Franken. Bis zum 31. Dezember 1922 waren davon in Form von endgültigen Abfindungen, Vorschüssen und Annuitäten ausbezahlt 41,265 Milliarden Franken. In dieser Summe sind die für Wiederherstellung von Eisenbahnen, Straßen und öffentlichen Bauten ausgegebenen Beträge nicht enthalten.

Es ist also nicht so, daß die Ruinen Frankreichs nach dem Wiederaufbau schreien; sie sind tatsächlich zum größern Teil aufgebaut, und wo sie noch als Ruinen daliegen, werden sie großenteils auch nicht mehr aufgebaut. Deutsche Hilfe für den Aufbau hat man nicht gewollt, sonst wäre er längst noch vollkommener gelöst, aber man wollte den Nutzen auch den französischen Unternehmern zukommen lassen und hat so das Wirtschaftsleben mit starken Kräften gefördert, daß es heute kräftiger als vor dem Kriege dasteht, wie es Engländer mehrfach schon betont haben. Selbstredend vermindert das nicht die deutsche Schadenersatzpflicht, die wir von Umfang an anerkannt haben, und die wir leisten müssen, um die von Frankreich bezahlten Aufbaukosten zu begleichen, und die wir auch leisten wollen und werden im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit bis zu deren äußersten Grenzen; aber man muß uns die unerläßlichen Voraussetzungen dafür lassen und geben.

Entwölkung auf dem Balkan.

Die Krisengefahr abgewandt.

)(**London**, 15. Sept. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail" in London schreibt: Eine wirkliche Gefahr einer sofortigen Krise in der Fiume-Frage sei abgewandt. Ihm sei von maßgebender Stelle mitgeteilt worden, daß die italienische Regierung vollkommen neue Vorschläge für eine Regelung der schwierigen Fragen gemacht habe und daß eine Erörterung darüber demnächst beginnen werde. Sowohl Italien als auch Südslawien stimmen jetzt darin überein, daß direkte Verhandlungen wünschenswert seien. Die südslawische Regierung habe ihre Absicht, den Schiedsspruch Poincares oder des schweizerischen Bundespräsidenten anzurufen, aufgegeben. Der südslawische Minister des Aeußern Nintschitsch werde in Belgrad aus Genf am Montag eintreffen und dem Minister Pasitsch die Einzelheiten der neuen italienischen Vorschläge überbringen. Alsdann würden direkte südslawisch-italienische Erörterungen beginnen.

Der Staatsstreich in Spanien.

Der Präsident des Direktoriums.

*** **Paris**, 15. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Madrid ist General Munoz Cobo zum Präsidenten des neuen militärischen Direktoriums ernannt worden. Er hat Millan de Eriego, den ehemaligen Generaldirektor der Madrider Polizei zum Minister des Innern ernannt.

Die Regierungsbildung.

X **London**, 15. Sept. „Daily Expreß" hat von dem Führer der spanischen Militärrevolution Primo de Rivera, der vom König mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden ist, ein Telegramm erhalten, in dem der General versichert, die Bewegung in Spanien verfolge keine anderen Zwecke als die Wiederherstellung der Moral im politischen- und Verwaltungssystem.

— **Barcelona**, 16. Sept. **(Telegr.)** General Primo de Rivera hat folgendes Telegramm an sämtliche Militärs Spaniens gerichtet:

„Seine Majestät haben mich nach Madrid berufen, um das neue Kabinett zu bilden. Ich habe die Absicht, sobald wie möglich nach den im Manifest vom 12. Septdr. aufgestellten Grundsätzen zu handeln. Der Belagerungszustand ist ausgerufen und soll unverzüglich in Spanien beachtet werden. Ich bin mir bewußt, daß ich das ganze, arbeitende, ehrliche Land, sowie die Institute und die Armee hinter mir habe und daß ich ihr Vertreter bin. Es lebe Spanien, es lebe der König!"

Eine Folge des Staatsstreichs.

— **Barcelona**, 16. Sept. **(Telegr.)** Der Staatsstreich des Generals Primo de Rivera hat zur Folge gehabt, daß die Attentate aufgehört haben und daß die Syndikalistenführer, die vergeblich von der Polizei gesucht werden, die Flucht ergriffen haben. Die Zustimmungsgesuche, die General Primo de Rivera von den Führern der liberalen Partei in Kastilien, sowie von den verschiedenen Senatoren erhalten hat, werden lebhaft kommentiert.

Ruhr und Rhein.

Aufhebung der Sperre.

Essen, 16. Sept. Die Grenzsperre zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet ist heute nacht um 12 Uhr aufgehoben worden. Eisenbahn und elektrische Straßenbahn verkehren wieder wie früher.

Neue Milliardenbeschlagnahme.

= **Köln**, 15. Sept. Beamte der belgischen Militärpolizei beschlagnahmten am 6. September bei der Reichsbanknebenstelle in Jülich 18 984 750 000 Mk., bei der Nebenstelle Homberg (Rhein) wurden am 7. September 610 Millionen Mk. beschlagnahmt. Außer den bereits gemeldeten Beschlagnahmungen der Belgier am 3. Sept. wurden in der Reichsbankstelle Neuß 63 142 850 000 Mk. Reichsbanknoten und 1 301 295 000 Notgeld aus dem Bezirk der belgischen Besatzungsarmee fortgenommen.

In Witten besetzten die Franzosen am 14. September in ganz überraschender Weise die Eisenbahnwerkstätten, wo soeben die Löhnung der Arbeiter in Höhe von 400 Millionen Mark ausgezahlt worden war. Das Geld wurde beschlagnahmt.

*

= **Dortmund**, 14. Sept. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet: Am 12. September wurde der Tagesarbeiter Simon auf dem Nachhausewege beim Passieren einer von den Franzosen besetzten Bahnunterführung von einem französischen Posten erschossen.

Preußischer Landtag.

270. Sitzung.

∴ **Berlin**, 15. Sept. 1923. **(Telegr.)**

Zunächst wird der Verordnung vom 1. September 1923 zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung in allen drei Lesungen zugestimmt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend

Uebertragung staatlicher Elektrizitätsanlagen an eine Aktiengesellschaft.

Abg. Pinkerneil (D. V.)

berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Nach der Vorlage wird das Staatsministerium ermächtigt, für die Stromversorgung im Weserquell- und Maingebiet eine Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Kassel zu gründen, mit der Maßgabe, daß sämtliche Aktien in den Besitz des Staates gebracht werden und eine Veräußerung der Aktien nur mit Zustimmung des Landtages möglich ist. Zugleich wird die staatliche Anlage von Döverden nebst Hochspannungsleitungen der A.-G. Großkraftwerk Hannover übereignet. Der Entwurf wird in zweiter Lesung nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Das Haus geht dann über in die Beratung des Gesetzentwurfes wegen Uebertragung der

Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine G. m. b. H.

Der verstärkte Ausschuß für Handel und Gewerbe empfiehlt für den gedachten Zweck keine G. m. b. H., sondern eine Aktiengesellschaft, deren gesamter Aktienbestand vom Finanzministerium für den Staat übernommen werden soll. Zur Deckung der Mittel für die Uebernahme der Aktien wird der Finanzminister zur Aufnahme einer wertbeständigen Anleihe bis zur Höhe von fünf Millionen Goldmark ermächtigt.

Nach dem Entwurf überträgt der Staat der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Berlin auf längstens 100 Jahre die Verwaltung und Ausbeutung der bisher der Bergverwaltung des Handelsministeriums unterstehenden Betriebe.

Handelsminister Siering:

Der Wunsch der Loslösung der staatlichen Bergwerke aus der staatlichen Hoheitsverwaltung ist sehr alt. Die katastrophale Geldentwertung der letzten Monate hat eine Erfüllung, hat die Verwirklichung der Umstellung zu einer gebieterischen Notwendigkeit gebracht. In der Folge wird nicht mehr der Handelsminister allein auf diesem Gebiete das entscheidende Wort haben, ihm wird der Finanzminister koordiniert sein. Um das Mitbestimmungsrecht braucht der Landtag nicht besorgt zu sein. Diese Garantie bietet ja schon die Zusammensetzung des Aufsichtsrates, von dessen zwölf Mitgliedern fünf dem Landtag angehören müssen. Auf die Erhöhung der Erträgnisse der staatlichen Bergwerke haben wir begründete Hoffnung. Die Vielgestaltigkeit unseres Bergwerksbesitzes empfiehlt ausschließlich die einheitliche Aktiengesellschaft als die zweckmäßigste Uebergangsform. Die Regelung des Beamtenverhältnisses wird von der Regierung unter voller Berücksichtigung der Wünsche des Ausschusses mit dem äußersten Entgegenkommen gegen die Beamten vollzogen werden. (Beifall.)

Abg. **Brust** (Ztr.)

stimmt der Ausschußfassung unter Zurückstellung einiger besonderer Wünsche zu. Die ursprüngliche Fassung des Gesetzes war zum Mindesten eine zu kostspielige, da sie einen zu großen Beamtenapparat erforderte. Hoffentlich zeitigen die jetzigen Vorlagen gute Ergebnisse. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Dr. von Waldhausen** (D. N.)

trägt eine Reihe von Bedenken vor. Bei den Firmen Krupp und Thyssen werden die einzelnen Unternehmungen als selbständige Werke betrieben. Der preußische Staat solle diesem Beispiel folgen.

Abg. **Pinkerneil** (D. V.)

betont, daß die traurigen Verhältnisse die Umgestaltung der Verwaltung fordern. Die Vorschläge des Ausschusses sind auf jeden Fall einen weiteren Schritt vorwärts. Selbstverständlich muß den Wünschen der Beamten soweit wie möglich entgegengekommen werden.

Abg. **Fischbeck** (Dem.)

Wir sind mit dem Verlauf der Beratungen zufrieden, bedauern aber, daß der Ausschuß in Bezug der neuen Organisation von den Vorschlägen der Regierung abgewichen ist. Der Vertrag nimmt eine hundertjährige Dauer in Aussicht, bis die gesammelten praktischen Erfahrungen uns beweisen, ob mit dem Schritte, der jetzt getan wird, ein Fortschritt gemacht worden ist.

Abg. **Fries** (Soz.):

Auch im Ausschuß hätten die Beamtenfragen den allgemeinen Interessen den Vorrang abgenommen, die Beamteninteressen wären dagegen zurückgetreten. Unerwähnt bleiben die Fragen der Angestellten und Arbeiter. Hinsichtlich der Arbeiterschaft und Angestelltenschaft wünschen wir, daß dieselben sichergestellt sind, wie die Beamten. In diesem Punkte erwarten wir von der neuen Gesellschaft, daß sie die Löhne und Bezüge auf einer Höhe hält, wie sie der Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft entsprechen.

Die Vorlage wird nach den Ausschußvorschlägen angenommen, ebenso der Vertragsentwurf.

Nächste Sitzung Dienstag, den 18. Sept., nachm. 3 Uhr.

Dritte Lesung der heute in zweiter Beratung erledigten Vorlage und zweite und dritte Lesung des Finanzausgleichsgesetzes.

Schluß 1/25 Uhr.

Parlamentarisches.

Entlastung der Gerichte.

)(**Berlin**, 15. Sept. Der Rechtsausschuß des Reichstages verabschiedete heute den Entwurf einer zweiten Verordnung zur Entlastung der Gerichte. Dadurch wird für die Zuständigkeit der Amtsgerichte bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eine Erhöhung der bisher geltenden Wertgrenze um das rund 150fache, für die Vermögenssachen auf das rund 200fache und für die übrigen Wertgrenzen eine Erhöhung in entsprechendem Maße vorgenommen. Die Verordnung tritt am 1. Oktober in Kraft. Reichsjustizminister Dr. Radbruch erklärte, daß das Reichsjustizministerium demnächst zu den wertbeständigen Abgrenzungen übergehen werde, falls diese Maßnahmen durch die geplante Währungsreform nicht überholt sein würden.

Die Wohnungsfrage.

:: **Berlin**, 15. Sept. Der Hauptausschuß des Landtages beschäftigte sich u. a. mit der Wohnungsfrage. Nach Mitteilungen eines Regierungsvertreters hat das Reich in diesem Jahre für Wohnungsbauten in Preußen gezahlt: im März 31 Milliarden als Vorschuß auf die Wohnungsbauabgabe, im April 132 Milliarden als Landesdarlehen, ferner 6,1 Billionen als wertbeständiges rückzahlbares Landesdarlehen, 6'3 Billionen als rückzahlbare verzinsliche Goldhypotheken und abermals 9,5 Billionen unter denselben Bedingungen. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Wohnungsbauabgabe für Preußen rund eine Billion eingebracht habe.

Deutsches Reich.

Reichswehr und Organisationen.

Zeigners Abfuhr durch Geßler.

Der Reichswehrminister Dr. Geßler erläßt folgenden Befehl an die Reichswehr:

„Es ist selbstverständlich, daß in erregter Zeit wilde Gerüchte aller Art die öffentliche Meinung erregen. Diese beschäftigen sich auch mit der Reichswehr, als dem letzten Mittel von Reich und Staat zur Aufrechterhaltung von Verfassung, Recht und Ordnung. Häufig behaupten verfassungsfeindliche Organisationen, Verbindung mit der Reichs-

wehr zu haben, in der durchsichtigen Absicht, dadurch verfassungstreue Kreise für ihre trüben Zwecke zu gewinnen. Im Interesse des Vaterlandes und der Truppe muß ich diesen Treibereien entgegentreten. Von mir sind derartige Verbindungen durch klare Befehle längst verboten. Ich habe dies wiederholt öffentlich, insbesondere im Deutschen Reichstag, zum Ausdruck gebracht. Wo Verbindungen erwähnter Art in Einzelfällen wirklich einmal bestanden haben, sind sie gelöst. Verfehlungen einzelner Persönlichkeiten, die sich gelegentlich da und dort mißbrauchen ließen und dafür hart bestraft wurden, vermögen daran nichts zu ändern. Wie der Herr Reichspräsident zuletzt am Verfassungstage, so habe ich mich selbst immer und überall für die Ehre und Pflichttreue der Truppe gegenüber allen Angriffen verbürgt. Ich bin überzeugt, daß auch in der kommenden schweren Zeit die Ehre des deutschen Soldaten blank bleibt. In diesem Vertrauen weiß ich mich einig mit dem Herrn Reichspräsidenten und dem Herrn Reichskanzler und der ganzen Reichsregierung. Wir sind deshalb gewiß, daß es gelingen wird, etwaige Versuche, unser Vaterland in neues Unglück zu stürzen, woher sie auch kommen mögen, im Keime zu ersticken.

(gez.) Dr. Geßler."

Vor Zollerhöhungen.

ss Wie die Expreß-Korrespondenz erfährt, hat das Reichsfinanzministerium dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung über Zollerhöhungen zugehen lassen, die den Zweck verfolgt, die Eingangszölle in verstärktem Maße zur Deckung des Finanzbedarfs heranzuziehen. Der Verordnungsentwurf sieht einmal die Einführung von Zöllen bei jetzt zollfreien Waren und weiter die Erhöhung der Zollsätze bei schon zollpflichtigen Gegenständen vor. Bei den Waren, deren Zollsätze bei früheren Gelegenheiten bereits erhöht worden sind, wird eine Erhöhung um 33⅓ oder 50 % vorgeschlagen, während bei den Waren, die noch jetzt den ursprünglich festgesetzten allgemeinen Zollsätzen unterliegen, im allgemeinen eine Erhöhung von 100 % als tragbar erachtet wird. Unter Zugrundelegung eines Goldzollgeldaufsatzes von 130 Millionen % würde die vorgeschlagene Zollerhöhung, wie in der Begründung ausgeführt wird, einen Mehrertrag an Zöllen von rund 13 Billionen Mark ergeben.

Städtetag.

X **Kassel**, 16. Sept. Im Sitzungssaal des Magistrats traten unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Boeß-Berlin die Vorstände des Preußischen und des Deutschen Städtetages zu Beratungen, besonders über Fragen der Gemeindefinanzen und der Erwerbslosigkeit zusammen. Anwesend sind die Oberbürgermeister von etwa 30—35 deutschen Städten. Die Verhandlungen sind vertraulich.

Die Innenminister der Länder bei Sollmann.

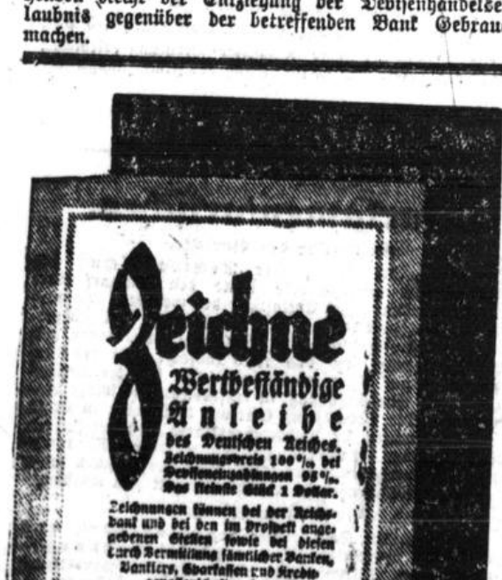
= Unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern fand eine Sitzung des Reichsratsausschusses für innere Verwaltung zur Beratung von Angelegenheiten der inneren Politik statt, zu der die Innenminister der Länder erschienen waren. Der Reichsminister des Innern betonte einleitend, daß es die besondere Aufgabe seines Amtes sei, die Beziehungen des Reiches zu den Ländern zu pflegen. Die Reichsregierung sei fest entschlossen, die Zuständigkeit der Länder zu wahren. Gegenüber der schweren Gefahr an Rhein und Ruhr, wo wertvolle Gebiete des Reiches ernstlich bedroht seien, müsse ein starker einheitlicher nationaler Wille aufgebracht werden. Namens der Reichsregierung bitte er, alle Länder zusammenzustehen und der Reichsregierung zu helfen. An der Aussprache beteiligten sich die Innenminister aller Länder. In seinem Schlußwort konnte der Reichsaußenminister die weitgehende Uebereinstimmung der Anwesenden mit der Reichsregierung feststellen.

Roggenwährung.

* Der „Zeit" zufolge soll nach einem Kabinettsbeschluß eine Roggenwährung geschaffen werden, die als Uebergangswährung mit Gültigkeit bis zum Schluß des Erntejahres gedacht sei. Alsdann soll diese Währung gegen die Zahlungsmittel der Goldnotenbank eingetauscht werden. Die Roggenwährung sei in der Hauptsache als Zahlungsmittel zum Kauf landwirtschaftlicher Produkte gedacht.

Durchbrechung der Devisenverordnung.

= Dem Kommissar für Devisenerfassung ist bekannt geworden, daß Angestellte von Banken mit Duldung ihrer Bankleitung oder deren Wissen in der Weise ausländische Zahlungsmittel erwerben, daß sie die ausländischen Zahlungsmittel unter Mißachtung der Vorschriften übernehmen, ohne daß die Bank selbst von der Kaufgelegenheit Gebrauch gemacht hat. Bei dem Erwerb dieser ausländischen Zahlungsmittel werden die Vorschriften der Devisengesetzgebung außer Acht gelassen. Der Devisenkommissar sieht sich veranlaßt, vor solchem Mißbrauch zu warnen. Sollten soche Verstöße festgestellt werden, so haben Käufer und Verkäufer Bestrafung zu gewärtigen. Außerdem wird der Devisenkommissar in diesen Fällen von dem ihm zustehenden Recht der Entziehung der Devisenhandelserlaubnis gegenüber der betreffenden Bank Gebrauch machen.



Ausland.

Cuno in Amerika.

∴ **London**, 16. Sept. Reuter meldet aus Newyork, daß der vormalige deutsche Reichskanzler Dr. Cuno dort aus Hamburg kommend, eingetroffen ist. Er stellt in Abrede, daß er nach den Vereinigten Staaten im Interesse der vorgeschlagenen Milliarden-Dollaranleihe an Deutschland, oder um eine Kombination der Hamburg-Amerika- und der Harriman-Schiffahrtsinteressen, wie berichtet worden war, zu vereinbaren gekommen sei. Cuno erklärte, Deutschland erkenne an, daß es den Krieg verloren habe, und es wünsche, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen.

Lohnsteuer und Arbeitgeberabgabe.

Von Dr. Rayermann, Finanzamt Gelsenkirchen.

I.

Lohnsteuer.

Die enorm fortschreitende Geldentwertung und die Finanznot des Reiches hat es erforderlich gemacht, die Steuern mit größtmöglichster Beschleunigung einzuziehen und dem Reiche zuzuführen. Aus dieser Erwägung heraus sind die Fristen für die Verwendung der einbehaltenen Steuerbeträge beim Lohnabzugsverfahren (Lohnsteuer), d. h. beim Markenverfahren für das Einkleben und Entwerten der Steuermarken in den Einlagebogen der Steuerbücher, beim Ueberweisungsverfahren für die Abführung der einbehaltenen Beträge an die Finanzkasse ab 1. September 1923 verkürzt worden. Die Verwendung der einbehaltenen Steuerbeträge hat nunmehr grundsätzlich bei jeder Lohnzahlung zu erfolgen. Das Finanzamt kann jedoch auf Antrag genehmigen, daß die Verwendung der an den einzelnen Lohntagen einbehaltenen Steuerbeträge erst am 5., 15. und 25. eines Monats für die jeweils vorausgegangene Monatsdekade erfolgt. Diese Zahlungsweise ist ohne weiteres, ohne daß es dazu der Genehmigung des Finanzamts bedarf, allen Arbeitgebern zugestanden worden, die bis zum 31. 8. d. Js. bereits zu einem erleichterten Verfahren zugelassen waren, die also die Beträge für einen ganzen Monat bis zum 10. des folgenden Monats, oder am 10. und 25. eines Monats für die vorausgegangene Monatshälfte verwenden durften. Diejenigen Arbeitgeber, die wöchentliche Lohnzahlungen haben, haben, wenn sie nicht zum erleichterten Verfahren zugelassen sind, nach jeder Lohnwoche die Steuerbeträge einzubehalten und abzuführen. Sind Arbeitgeber bei wöchentlicher Lohnzahlung zum erleichterten Verfahren zugelassen, so sind am 5., 15. und 25. eines Monats die Steuerbeträge abzuführen.

Es ergibt sich daher also folgende Rechtslage;

1. bei täglicher und wöchentlicher Lohnzahlung ist grundsätzlich die Lohnsteuer täglich bzw. wöchentlich einzubehalten und abzuführen. Die Entrichtung kann jedoch nach erfolgter Genehmigung durch das Finanzamt dekadenweise erfolgen, und zwar:
   a) die Beträge, die in der Zeit vom 1. bis 10. eines Monats einbehalten worden sind, spätestens bis zum 15.,
   b) die Beträge, die in der Zeit vom 11. bis 20. eines Monats einbehalten worden sind, spätestens bis zum 25. d. M. und
   c) die Beträge, die in der Zeit vom 21. bis zum Schluß eines Monats einbehalten worden sind, spätestens bis zum 5. des folgenden Monats.

Bei monatlicher Lohnzahlung ist die Lohnsteuer am Lohnzahlungstage zu entrichten, gegebenenfalls entweder am 5. oder 15. oder 25., der auf den Lohnzahlungstag folgt.

Obige Vorschriften gelten in gleicher Weise für das Markenverfahren wie für das Ueberweisungsverfahren. Bei Fristversäumnis sind Zuschläge in Höhe des Vierfachen des Rückstandes für jeden angefangenen halben Monat verwirkt.

Beispiele:

1. Ein Arbeitgeber hat tägliche Lohnzahlung und ist nicht zum erleichterten Verfahren zugelassen. Die Vornahme des Steuerabzuges und Abführung der Beträge hat täglich zu erfolgen.
2. Ein Arbeitgeber hat wöchentliche Lohnzahlung und ist nicht zum erleichterten Verfahren zugelassen. Lohntage sind beispielsweise im Monat September 1., 8., 15., 22. und 29. An diesen Tagen ist die Steuer einzubehalten und abzuführen.
3. Gleiches Beispiel wie zu 1 und 2, nur ist der Arbeitgeber zum erleichterten Verfahren zugelassen. Die Abführung der an den Lohntagen einbehaltenen Lohnsteuerbeträge hat zu erfolgen:
   am 15. September für die Lohnwoche vom 27. 8. bis 1. 9. (Lohnzahlungstag 1. 9.) und für die Lohnwoche vom 3. bis 8. 9. (Lohnzahlungstag 8. September),
   am 25. September für die Lohnwoche vom 10. bis 15. September (Lohnzahlungstag 15. September),
   am 5. Oktober für die Lohnwoche vom 17. bis 22. 9. (Lohnzahlungstag 22. September) und für die Lohnwoche vom 24. bis 29. September (Lohnzahlungstag 29. September).
4. Ein Arbeitgeber, der zum erleichterten Verfahren zugelassen ist, hat monatliche Lohnzahlungen, Abschlagszahlungen werden nicht geleistet. Die Vornahme des Steuerabzuges und Abführung der Beträge hat am 5. des nächsten Monats zu erfolgen.
5. Ein Arbeitgeber, der nicht zum erleichterten Verfahren zugelassen ist, zahlt bei monatlicher Lohnzahlung beispielsweise am 1., 8., 15., 22. und 29. September Abschläge, die nicht versteuert werden, die Restzahlung und Verrechnung findet am 5. Oktober statt. Die einbehaltenen Steuerbeträge sind am 5. Oktober abzuführen.
6. Gleiches Beispiel wie zu 5, nur findet die Restzahlung und Verrechnung am 19. Oktober statt. Die Steuern sind, wenn der Arbeitgeber nicht zum erleichterten Verfahren zugelassen ist, am 19. Oktober, bei Zulassung zum erleichterten Verfahren am 25. Oktober einzuzahlen.
7. Gleiches Beispiel wie vorstehend nur werden die Abschlagszahlungen versteuert. Die Steuerbeträge sind, wenn der Arbeitgeber nicht zum erleichterten Verfahren zugelassen ist, am Lohnzahlungstage, im Falle der Zulassung am 5., 15. und 25. des Monats dekadenweise abzuführen.

II.

Arbeitgeberabgabe.

Auf das Lohnsteuergesetz baut sich nun das neue Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August d. Js. auf. Das Gesetz sieht die Besteuerung von zweierlei Betrieben vor und zwar:

1. Die Abgabe der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe (sog. Arbeitgeberabgabe),
2. die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (sog. Landabgabe).

An dieser Stelle sollen nur die Bestimmungen der Arbeitgeberabgabe näher besprochen werden.

Abgabepflichtig sind alle natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, solange sie Arbeitnehmer beschäftigen.

Der Abgabe unterliegen nicht Aerzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure und sonstige freie Berufe, wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, land-, forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe. Diese letzteren sind der Landabgabe unterworfen. Durch die Erhebung der Landabgabe wird die Heranziehung zur Arbeitgeberabgabe ausgeschlossen. Maßgebend für die Entscheidung der Frage, ob die eine oder die andere Steuer zu entrichten ist, ist der Gesichtspunkt, ob der Betrieb vorwiegend industriellen, gewerblichen oder Handelsbetrieben, ob er land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dient.

Von der Arbeitgeberabgabe sind befreit:

1. öffentliche Körperschaften, z. B. das Reich, die Länder und Gemeinden, also auch die Reichsbahn, die Reichspost, die staatlichen Bergwerke, Bäder- und Salinenbetriebe, die städtischen Beleuchtungs- und Wasserwerke, ferner Universitäten, Hochschulen, die Reichsbank, die Religionsgesellschaften im Sinne des Artikels 137 Abs. 5 der Reichsverfassung, die Träger der Reichsversicherung, die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern,
2. inländische Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach der Satzung, Stiftung oder sonstigen Verfassung ausschließlich gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen,
3. rechtsfähige Pensions-, Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Unterstützungs- und sonstige Hilfskassen für Fälle der Not oder der Arbeitslosigkeit,
4. Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, denen unter Wahrung der Gegenseitigkeit nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen oder nach besonderen mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen ein Anspruch auf Befreiung von den persönlichen Steuern zusteht.

Die Abgabe beträgt das Doppelte der Beträge, die der Arbeitgeber auf Grund des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn von den Löhnen und Gehältern seiner Angestellten in der Zeit vom 1. September 1923 bis 29. Februar 1924 einzubehalten und an das Reich abzuführen hat. Hierzu gehören auch die Beträge, die vor dem 1. September 1923 im Marken- oder Ueberweisungsverfahren vom Arbeitslohn einzubehalten waren und bis zum 31. August 1923 noch nicht abgeführt worden sind. Die Abgabe ist jeweils am 5., 15. und 25. eines Kalendermonats zu entrichten.

Erstmalig ist die Abgabe am 15. September für die Beträge, die in der Zeit vom 1. bis 10. September einbehalten sind, zu entrichten. Bei Entrichtung der Steuer ist der Finanzkasse eine Bescheinigung einzureichen, in der versichert wird, daß der abgeführte Betrag der Abgabe das Doppelte der Beträge ausmacht, die in der Zeit, für die die Zahlung erfolgt, vom Arbeitslohn der Arbeitnehmer einbehalten worden sind.

Fristversäumnis hat ebenso wie bei der Lohnsteuer für jeden angefangenen halben Monat einen Zuschlag von 400 v. H. zur Folge. Die Bestimmung der Verordnung zur Abführung des Steuerzinsgesetzes vom 15. 8 ds. Js., wonach der Zuschlag erst nach Ablauf der auf den Fälligkeitstermin folgenden Woche zu entrichten ist, findet auf die Arbeitgeberabgabe keine Anwendung. Der Zuschlag muß also bereits am nächsten Tage nach dem Fälligkeitstermin bezahlt werden. Ist also beispielsweise am 15. eines Monats die Arbeitgeberabgabe für die vorangegangene Monatsdekade vom 1. bis 10. des Monats zu entrichten, so ist bei Fristversäumnis bereits am 16. der Zuschlag von 400 v. H. zu entrichten. Der Zuschlag ist also schon bei eintägiger Versäumnis zu zahlen.

Die Abgabe wird nicht erhoben, wenn sie das 200fache des Betrages nicht übersteigt, der für die Beförderung eines Briefes bis zu 20 Gramm im Inlandsverkehr am Fälligkeitstag zu entrichten ist. Da die Gebühr zur Zeit 75 000 Mark beträgt, so sind gegenwärtig Abgabebeträge bis zur Höhe von 75 000 Mark × 200 = 15 000 000 Mark für eine Monatsdekade nicht zu entrichten.

Beispiele:

1. Ein Arbeitgeber hat wöchentliche Lohnzahlung und ist nicht zum erleichterten Verfahren zugelassen. Lohnzahlungstag war in der ersten Septemberdekade der 6. September. Die Arbeitgeberabgabe ist am 15. September zu zahlen.
2. Einem Arbeitgeber ist vor dem 1. September vom Finanzamt die Genehmigung erteilt worden, statt nach jeder Lohnzahlung monatlich einmal (bis zum 10. eines Monats) die einbehaltenen Steuerbeträge in bar abzuführen. Der Arbeitgeber hat in der Zeit vom 1. bis 10. September für den vergangenen Monat vom Arbeitslohn seiner Arbeitnehmer insgesamt 200 Millionen Mark als Steuerabzug einbehalten. Dieser Betrag ist spätestens am 15. September an die Finanzkasse abzuführen. Gleichzeitig ist ein Betrag in doppelter Höhe (400 Millionen Mark) als Arbeitgeberabgabe abzuführen, insgesamt sind also 600 Millionen Mark zu zahlen. Fährt der Arbeitgeber den Betrag erst am 16. September ab, so erhöht sich der Betrag auf 3 Milliarden Mark.
3. Ein Arbeitgeber ist zum erleichterten Verfahren zugelassen worden. Während des Monats August sind Abschlagszahlungen auf den laufenden Monatslohn geleistet worden, Restzahlung und Verrechnung erfolgt am 21. September. Lohnsteuer und Arbeitgeberabgabe sind am 5. Oktober zu entrichten. In den angeführten Beispielen zu 2 und 3, d. h. bei monatlicher Lohnzahlung kommt also nur ein Zahltag in Frage. Leistet er aber an seine Arbeitnehmer Abschlagszahlungen und zieht er davon Lohnsteuer ab, so ist am 5., 15. und 25. des Monats die Arbeitgeberabgabe abzuführen.
4. Ein Arbeitgeber verwendet für die einbehaltenen Steuerbeträge, Steuermarken und ist nicht zum erleichterten Verfahren zugelassen, er zahlt z. B. wöchentlich aus und beschäftigt 1 verheirateten Arbeitnehmer, Lohnzahlungstag ist der 8. September.

Ausgezahlter Lohn beträgt	70 000 000 Mk.
10 Prozent Steuer	7 000 000 Mk.
Steuerfrei	892 800 Mk.
Einzubehaltender auf volle Tausende abzurundender Steuerbetrag	6 107 000 Mk.

Als Arbeitgeberabgabe wäre das Doppelte = 12 214 000 Mark zu zahlen.

Da die Freigrenze von 15 Millionen Mark nicht erreicht wird, unterliegt somit der Unternehmer der Arbeitgeberabgabe nicht.

Die Bescheinigung, die bei Entrichtung der Arbeitgeberabgabe zu übersenden ist, hat folgenden Wortlaut:

> Ich versichere hiermit nach bestem Wissen und Gewissen, daß die an die Finanzkasse in Gelsenkirchen von mir für die Zeit vom . . . . bis . . . . abgeführten Beträge von insgesamt Mark . . . . das Doppelte der Beträge ausmachen, die ich vom Lohn meiner Arbeitnehmer in diesem Zeitabschnitt einbehalten habe.
>
> Gelsenkirchen, den . . . . .
>
> Unterschrift.

Die Abgabe kann im Einzelfalle ganz oder zum Teil erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage der Sache unbillig wäre. Zum Erlasse sind befugt,

das Finanzamt, sofern der zu erlassende Betrag 15 Goldmark nicht übersteigt,

das Landesfinanzamt, sofern der zu erlassende Betrag 75 Goldmark nicht übersteigt.

Die Anträge sind an das zuständige Finanzamt zu richten.

Zum Schlusse sei noch darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeberabgabe weder bei der Einkommensteuer noch bei der Körperschaftssteuer von dem steuerbaren Einkommen in Abzug gebracht werden kann.

Provinzielles.

X **Bochum**, 16. Sept. Von der holländischen Regierung ist für die im besetzten Gebiet wohnenden Holländer eine holländische Ruhrhilfe eingeleitet worden. Es sollen an alte Leute und Kinder Lebensmittel, kondensierte Milch usw. verabreicht werden.

X **Dortmund**, 16. Sept. Gestern mittag versuchten 3—4000 Arbeiter in das Verwaltungsgebäude der Dortmunder Union (Deutsch-Lux.) einzudringen, um die Auszahlung von Geldern zu erzwingen, obwohl Direktion und Betriebsrat sich zur Auszahlung auf Montag geeinigt hatten. Die durch Steinwürfe schwer bedrohte Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. Eine Person wurde getötet, mehrere verletzt. — Kundgebungen von angeblichen Erwerbslosen verliefen in der Stadt ruhig, nachdem es der Polizei gelungen war, die Züge von den Zugängen zum Rathaus abzudrängen.

* **Schwerte** 15. Sept. In einem hiesigen Kaufhause ist man außerordentlich umfangreichen Diebstählen auf die Spur gekommen, die eine dort seit Jahren tätige Angestellte verübt hat. Die Diebstähle und Veruntreuungen, die das junge Mädchen ausgeführt hat, beziffern sich auf Hunderte von Millionen Mk. Gestohlen sind in der Hauptsache Damenkleider, Blusen, Wäsche usw. Ein Teil der Waren, für welche die Diebin willige Abnehmer fand, konnte wieder herbeigeschafft werden. Die Diebin, welche kurz vor der Hochzeit stand und auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege ihre Wohnungseinrichtung vervollständigen wollte, wurde festgenommen.

* **Bürbach** (Siegerland), 15. Sept. Man war hier in der letzten Zeit Wilddiebereien auf die Spur gekommen und fahndete eifrig nach den Tätern. Am Sonntag traf nun der Jagdaufseher Karl Schneider seinen jüngeren Bruder Heinrich Schneider, mit dem er seit Jahren in erbitterter Feindschaft lebt, beim Wildern an und befahl ihm, als dieser die Flucht ergreifen wollte, stehen zu bleiben, andernfalls er von der Waffe Gebrauch machen werde. Darauf wandte sich H. Sch. um, zog einen geladenen und entsicherten Revolver und ging in drohender Haltung auf K. Sch. zu. Dieser kam dem Angreifer zuvor und gab aus etwa 8 Meter Entfernung einen Schrotschuß auf ihn ab, der den H. Sch. in den Kopf traf und seinen sofortigen Tod zur Folge hatte

* **Ahlen**, 16. Sept. Ein biederer Landwirt hatte seiner Tochter ein Klavier geschenkt. Fleißig übte das schon spielgewandte, junge Mädchen und brachte ein leidliches Können zu Gehör, zum Entzücken des Vaters. Nun bekommt sein Töchterlein den Besuch einer Freundin, und beide spielen vierhändig, wobei naturgemäß in einzelnen Partien die Hände ziemlich nahe kommen. Das schien aber unserem braven Landwirt weder zweckmäßig noch nötig. Eine Weile hatte er sich das Spiel angehört, mehr noch angesehen. Plötzlich platzte er heraus: „Ach wat, ick kaup di noch so 'nen Kasten dobie. Ji bronkt dann nich so engs di enanner te kroupen."

Erklärung.

Der Verein deutscher Zeitungs-Verleger e. V., hat sich veranlaßt gesehen, folgende Erklärung abzugeben:

„In der letzten Zeit ist vielfach und von verschiedenen Verbänden der Versuch gemacht worden, unter Androhung von Boykott und anderen Schädigungen bei einer Weigerung, Zeitungen zur Veröffentlichung von zum Teil umfangreichen Erklärungen und Artikeln im einseitigen Interesse der betreffenden Verbände zu nötigen. Auf die gleiche Weise wird versucht, die Erörterungen der Forderungen der Verbände und die freie Kritik einzuschränken oder zu verhindern.

Deshalb sieht sich die berufene Vertretung der deutschen Zeitungen zu der Erklärung veranlaßt, daß die Presse nicht die Interessen einzelner Berufsklassen und ihrer Organisationen zu vertreten hat, vielmehr verflichtet ist, Fragen, wie beispielsweise auch Besoldungs- und Steuerfragen oder irgend welche wirtschaftlichen oder politischen Forderungen und Reformvorschläge nach Maßgabe der Interessen des ganzen Volkes in voller Freiheit zu besprechen. Ueber die Aufnahme irgendwelcher Einsendungen müssen allein die zuständigen und verantwortlichen Leiter der Zeitungen entscheiden, die sich die Freiheit und die Grenze der Kritik lediglich durch ihre publizistische Pflicht und die gegebenen Gesetze bestimmen lassen. Sie würden ihre Pflichten gröblich verletzen, wenn sie sich durch Einwirkungsversuche, wie die hier geschilderten, irgendwie beeinflussen ließen.

Verein deutscher Zeitungs-Verleger.

Vermischtes.

†† **Berlin**, 14. Sept. Die Polizei hat als denjenigen, der bei dem gestrigen Zusammenstoß zwischen Jugendlichen in Alt-Moabit den Otto Nölke durch einen Bauchschuß niederstreckte, den Bäcker Willi Buchwald ermittelt und ihn mit vier anderen jungen Leuten dem Polizeipräsidium eingeliefert.

(§) **Berlin**, 15. Sept. Gestern abend ist es der Kriminalpolizei gelungen, den Mörder der vor einigen Tagen in Reinickendorf-West aufgefundenen Pflegerin Hedwig Plattig zu ermitteln und festzunehmen. Es handelt sich um den 1898 in Berlin geborenen, in Reinickendorf wohnhaften früheren Kaufmann, jetzigen Händler Erich Weiß. Der Mann wurde verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Er bestreitet vorläufig, die Tat begangen zu haben.

)—(**London**, 16. Sept. In der Nähe von London stürzte gestern ein Flugzeug des Luftpost-Dienstes Manchester—London ab, wobei fünf Personen, darunter der Führer und sein Gehilfe, getötet wurden.

Vereitelter Elternmord.

Ein Schüler versucht seine Eltern zu vergiften.

= **Berlin**, 14. Sept. Der 14jährige Schüler Otto Seibel stahl seinen Angehörigen in der vergangenen Nacht 34 Millionen Mark und öffnete dann die Gashähne in Schlafzimmer und Küche, um seine Eltern zu vergiften. Infolge des intensiven Gasgeruchs erwachte die Mutter aber rechtzeitig und weckte ihren Mann. Der Vater brachte den entarteten Sohn, der von der Mutter auf der Straße angetroffen worden war, nach der nächsten Polizeiwache, wo der Bursche eingestand, daß er das Geld stehlen und seine Eltern umbringen wollte. Er wird auf Wunsch der Eltern einer Erziehungsanstalt zugeführt werden.

Wiederherstellung der Ordnung in Schlesien.

)(**Berlin**, 16. Sept. Nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Ztg." besagen die heute aus Oberschlesien vorliegenden Nachrichten übereinstimmend, daß sämtliche Betriebe wieder arbeiten und daß Grund zu irgendwelchen Besorgnissen nicht mehr besteht.

Im D-Zug beraubt.

)(Berlin, 16. Sept. Im D-Zug Berlin—München wurde ein Reisender betäubt aufgefunden. Als er wieder zum Bewußtsein gelangte, gab er an, daß er bereits in Berlin beim Besteigen des Zuges mit irgend einem Mittel betäubt worden sei. Es waren ihm außer einem Lederkoffer und mehreren andern Gegenständen 800 englische Pfund geraubt worden.

Der bestohlene Russe.

= **Berlin**, 16. Sept. 250 Dollar hat ein Russe ausgesetzt, der in seinem Pensionat in der Kleiststraße bestohlen worden ist, während er auf eine halbe Stunde das Zimmer verlassen hatte. Der Täter öffnete mit einem Nachschlüssel die Tür und entwendete 567 Dollar bares Geld, sowie zahlreiche Schmucksachen und reiches Pelzwerk. Es kommt als Täter ein junger Mann in Frage, der sich wenige Stunden vor dem Diebstahl in dem Pensionat eingemietet und sich für einen griechischen Studenten ausgegeben hatte und nach dem Diebstahl verschwunden ist.

Drückeberger.

∴ **Hamburg**, 16. Sept. Da hier ein großer Teil von Besitzern von Kraftwagen die Rhein- und Ruhrabgabe an die Steuerstellen nicht entrichtet hatten, wurden an verschiedenen verkehrsreichen Gegenden der Stadt die Kraftwagen von großen Polizeiaufgeboten festgehalten. In 89 Fällen wurde festgestellt, daß die Kraftwageninhaber ihrer Abgabepflicht nicht nachgekommen waren.

Erdbeben in Tschili.

= **Paris**, 16. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Peking wird aus Taotingfu (Tschili) von einem Erdstoß berichtet, der gestern vormittag in An-Hsin-Hsien aufgetreten ist. Einzelheiten fehlen noch, doch glaubt man, daß die Schäden keinen großen Umfang angenommen haben.

Die Kosten des Wiederaufbaus Tokios und Yokohamas.

= **Paris**, 16. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Tokio wird die zum Wiederaufbau von Tokio und Yokohama erforderliche Summe auf annähernd zehn Milliarden Yen geschätzt. Sämtliche Banken Japans haben sich zur Bildung eines Syndikates zusammengeschlossen, das die Regierung beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unterstützen soll. Das Syndikat wird sich das über die zur Verfügung stehenden Kapitalien hinaus erforderliche Geld durch eine auswärtige und innere Anleihe beschaffen. Die japanischen Banken und die Versicherungsgesellschaften und das Publikum haben bis jetzt 50 Millionen Yen zu dem Hilfsfonds zusammengebracht.

Aus Osaka wird nach einer Havasmeldung offiziell mitgeteilt, daß die in den heimgesuchten Gebieten wohnenden Personen völlig oder teilweise von der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer auf die Unternehmungen befreit werden. Die Bezahlung der Landessteuer wird aufgeschoben. Die Einfuhrabgaben auf Betriebsmaterial werden demnächst herabgesetzt oder fallen gelassen werden.

Lokales.

Gelsenkirchen, den 17. September 1923.

Der Milliardenraub auf der Zeche „Wilhelmine Viktoria".

= **Der am vorigen Sonntag verübte Milliardendiebstahl auf der Zeche „Wilhelmine Viktoria" Schacht 2/3, scheint seine Aufklärung gefunden zu haben. Es wurden drei junge Leute in Haft genommen, von denen zwei als Ausführende der Tat in Frage kommen. Es wurden bei ihnen im ganzen 200 Milliarden Mark bar vorgefunden und eine Menge von Waren, die sie schon für einen Teil des Geldes gekauft hatten.**

Aufhebung der Sperre.

= Der kommandierende General der 47. Division in Recklinghausen gibt bekannt:

„Die gegenwärtigen strengen Maßnahmen betr. Personenverkehr werden, wenn nicht neue Zwischenfälle eintreten, in der Nacht vom 15. zum 16. dss. Mts., Mitternacht, aufgehoben. Folglich stellt das 5. Büro der Division vom 15. September ab keine Geleitscheine mit roter Querlinie mehr aus. Die Platzkommandanten, welche im Besitz von Stempeln für den Grenzverkehr und für die Durchreise sind, beginnen wieder zu stempeln vom 15. morgens, statt am 16., welcher ein Sonntag ist. Selbstverständlich gelten die am 15. ausgestellten Stempel erst vom 16. ab.

Zechenbesetzung.

)(Am Samstag morgen verhaftete die Besatzung den Betriebsführer Schäfer von Schacht 3, den Betriebsführer Hülsmann von Schacht 2 und den Betriebsdirektor der Nebenproduktionsanlage Dr. Imhäuser sowie Prokurist Schlenkert der Zeche „Consolidation". Im Anschluß an diese Verhaftungen nahmen die Besatzung eine eingehende Durchsuchung des Hauptverwaltungsgebäudes vor, wobei einige Schriftstücke gefunden wurden. Kurz nach Mittag zogen die Truppen wieder ab. Am Sonntag morgen 8 Uhr gingen die Franzosen dann zur Besetzung der Kokerei der Schachtanlage 1 und der vorhandenen Kohlen- und Kokshalden über. Vorbereitungen zum Abtransport der Bestände sind eingeleitet. Die Belegschaften aller Schachtanlagen sind daraufhin in einen 24stündigen Proteststreik getreten.

Die Kinder-Rücktransporte.

Das städtische Gesundheitsamt bittet uns mitzuteilen:

„Verschiedene Eltern haben sich wegen der ungenauen Angabe über verschiedene Kinderrücktransporte, besonders über die betreffs von Stohl, Heuberg und Adorf zurückgekehrten Kinder und weiterhin der Verzögerung der Ankunft dieser Kinder beklagt.

Das Gesundheitsamt läßt darauf aufmerksam machen, daß es bei den heutigen Verkehrsschwierigkeiten sehr oft unmöglich ist, die Ankunft der Kinder genau anzugeben. Die technische Durchführung eines Kindertransports ist aus den verschiedensten Gründen, besonders wegen Wagenmangels, für die Eisenbahnbeamten derart schwierig, daß diese sich sehr oft beim besten Willen nicht an den vorher von ihnen aufgestellten Fahrplan halten können. So ist es z. B. dem Heuberger Kindertransport gegangen, der nicht wie vorausgesehen war, in Frankfurt den D-Zug-Anschluß bekam, weil der betreffende D-Zug selbst schon viel Verspätung hatte und nicht auf die umständliche und langwierige Umrangierung des Kindertransports warten konnte, der Ellwanger Transport ist wegen Beförderungsschwierigkeiten einen ganzen Tag später als vorausbestimmt, abgegangen, anderseits ist es auch schon vorgekommen, daß Kinder, die in einem Kinderheim untergebracht waren, einen Tag früher als vorgesehen war, entlassen worden sind. Die telegraphischen oder telephonischen Nachrichten, welche die Entsendestellen aufgaben, um das Gesundheitsamt von diesen Aenderungen zu benachrichtigen, treffen sehr oft nicht oder mit tagelanger Verspätung ein, wenn die Kinder unterdessen längst hier angekommen sind.

Unter diesen Umständen läßt es sich nicht vermeiden, daß die Angehörigen, falls sie nicht überhaupt auf die Abholung ihrer Kinder verzichten wollen, mitunter öfter zum Bahnhof gehen müssen. Das Gesundheitsamt bittet in Zukunft auf diese Schwierigkeiten Rücksicht nehmen zu wollen und die unvermeidbaren, gewiß nicht angenehmen Mühen und Kosten, die durch die obengenannten Umstände den Eltern oft verursacht werden, mit etwas mehr Geduld zu ertragen, und nicht etwa, wie es vorgekommen ist, dem Amt Vorwürfe zu machen. Die Stadtverwaltung hat alles getan, um die ordnungsgemäße Durchführung der Transporte zu gewährleisten, trotz aller Hindernisse, die dadurch verschärft wurden, daß seitens der Besatzungsbehörde ein Dauervisum nur 10 Fürsorgerinnen gewährt wurde, die nun sämtliche Transporte begleiten müssen. Erschwerend tritt weiterhin der Umstand hinzu, daß infolge des Schulbeginns die Rücktransporte, besonders die der höheren Schulen, sich auf wenige Tage zusammendrängten.

Weiterhin sieht sich das Gesundheitsamt gezwungen, auf eine selbstverständliche Pflicht der Eltern, welche ihre Kinder in Familien auf dem Lande monatelang untergebracht hatten, aufmerksam zu machen, und das ist die Pflicht der Dankbarkeit, die sich zum wenigsten darin äußern muß, daß die Kinder und möglichst auch ihre Angehörigen sich bei den Pflegeeltern ihrer Kinder für die monatelangen Mühen und Kosten, die ihnen durch den Aufenthalt der fremden Kinder verursacht waren, schriftlich bedanken. Mit wenigen Ausnahmen sind die Kinder, die seitens des städtischen Gesundheitsamtes untergebracht wurden, alle sehr gut aufgehoben gewesen, trotzdem auch im unbesetzten Deutschland in den meisten Gebieten große Teuerung, ja in Sachsen z. B. noch größere Teuerung herrscht als bei uns und es vielen Pflegeeltern, wie aus amtlichen Zuschriften an das Gesundheitsamt hervorgeht, nicht leicht geworden ist, fremde Kinder solange zu verpflegen. Außerdem liegt es im Interesse unserer Kinder und ihrer Familien selbst, daß sie möglichst ohne Ausnahme diese kleine Pflicht der Dankbarkeit erfüllen, da diese Anerkennung sicher ihre Pflegeeltern ermuntern wird, auch in späteren Jahren sich an dem segensreichen Hilfswerk der Unterbringung von Großstadtkindern auf dem Lande zu beteiligen. Sollten die Eltern der Kinder mit deren Unterbringung auch vielleicht einmal nicht ganz einverstanden gewesen sein, so ist zu bedenken, daß in den meisten Fällen die Pflegeeltern sich gewiß alle erdenkliche Mühe gegeben haben und anderseits unsere Kinder auch keine Engel sind. Es ist leider festzustellen, daß auch Gelsenkirchener Kinder in guten Pflegestellen z. B. in Freudenstadt sich derartig schlecht aufgeführt haben, daß das ganze Kinderhilfswerk darunter leiden muß".

Eisenbahntarif-Erhöhung.

= Amtlich wird gemeldet: Im Hinblick auf die weiter fortschreitende Geldentwertung, die sich insbesondere in der starken Steigerung der Kohlen- und Materialpreise und in der Erhöhung aller sonstigen der Reichsbahn zustehenden Ausgaben ausdrückt, ist eine Heraufsetzung der Eisenbahntarife nicht zu umgehen. Vom 18. September ab beträgt die Schlüsselzahl für die Tarifberechnung im Eisenbahn-Personenverkehr 9 000 000 gegenüber 1,5 bisher. Im Eisenbahngüterverkehr 18 000 000 gegenüber 4,5 bisher. Hierbei ist zu beachten, daß die Gütertarife nach dem neuen Grundtarif berechnet werden, die in Uebereinstimmung mit dem bereits bekanntgegebenen Gutachten des Reichseisenbahnrates im Hinblick auf die Weltteuerung eine Erhöhung um 100 Proz. erfahren haben. Die Grundzahlen im Personenverkehr bleiben bestehen.

= **Gasmangel.** Das Gaswerk teilt mit: Durch die Besetzung einiger Zechenanlagen dürfte mit einer Verringerung bezw. völligen Einstellung der Gaslieferung zu rechnen sein. Die Gasabnehmer werden im eigenen Interesse gebeten, die Gashähne geschlossen zu halten, um Unglücksfälle zu vermeiden. — Infolge des Gasmangels, der auch unsern technischen Betrieb in starker Mitleidenschaft zieht, können wir nur eine beschränkte Nummer unserer Zeitung herausgeben. Wir bitten unsere Bezieher, darauf freundlichst Rücksicht nehmen zu wollen.

= **Unterbindung des Straßenbahnverkehrs.** Die Besatzungsbehörden haben gestern ohne Angabe von Gründen den Straßenbahn- und Autoverkehr auf der Strecke Essen—Katernberg verboten. Die Straßenbahnwagen der Linien 7 und 8, die auf der Strecke Essen—Gelsenkirchen verkehren, mußten gestern abend um 6 Uhr einfahren, die Wagen fahren ab Katernberg-Abzweig bis Gelsenkirchen und umgekehrt. Die Verfügung gilt bis auf weiteres. Desgleichen wurde der Straßenbahn-, Auto- und Personenverkehr in Kray von gestern abend 6 Uhr ab verboten. Die Straßenbahnlinie Steele—Gelsenkirchen der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn mußte ebenfalls um 6 Uhr abends stillgelegt werden. Die Gründe sind auch in diesem Falle noch unbekannt. Die Wagen verkehren nur bis Rotthausen Karl Meyerstraße.

† **Eine Milliarde-Banknoten.** Wie die Berliner Blätter hören, werden am Montag 500-Millionen-Marknoten und im Laufe der übernächsten Woche eine Milliarde-Marknote in den Verkehr gebracht werden. — Ein erneutes Zeichen unseres Ruins, aber auch ein Beweis dafür, daß man an maßgebender Stelle noch auf keinen Abbau der Inflation hofft. Im übrigen muß man sich wundern, daß die Reichsbanknoten hierzulande fast ganz aus dem Verkehr verschwunden sind. Sollte es auch hier Hamster geben? Ein Eingreifen der Behörde wäre dann sehr nötig.

(••) **Von der hiesigen Preisprüfungsstelle** wird uns geschrieben: „Im Monat August wurden 36 Strafsachen an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Im gleichen Zeitraum wurden 2 Personen wegen Unzuverlässigkeit vom Handel ausgeschlossen."

= **Das städtische Gesundheitsamt** teilt uns mit, daß die Kinder aus folgenden Landaufenthaltsorten zurückkehren: 1. die Kinder aus Neuengeseke (Kreis Soest), 2. aus Eickelborn, 3. aus dem Kreise Wiedenbrück (rund 230 Kinder), 4. alle Kinder, die in Stadt und Kreis Halberstadt sind, wie auch die Kinder der Volks- und höheren Schulen. Sämtliche Kinder treffen voraussichtlich am 17. September, abends 7,30 Uhr am Bahnhof Bismarck ein.

= **Ueber die Berechnung des Steuerabzuges** vom Arbeitslohn ab 16. September erläßt das hiesige Finanzamt eine ausführliche Bekanntmachung in dem Anzeigenteil der heutigen Ausgabe, auf die wir an dieser Stelle hinweisen.

= **Der paritätisch zusammengesetzte Westfälische Milchpreisausschuß in Münster** setzte in seiner Sitzung am 13. September als angemessenen Erzeugerpreis ab Stall 1 550 000 Mk. und als Molkereipreis 2 015 000 Mk. für die Zeit ab 16. September fest. Magermilchpreis ab Station 700 000 Mk.

= **Vom Wagen gestohlen.** Am 13. September, nachmittags gegen 2 Uhr, wurden einem Fuhrmann, der den Auftrag hatte, für eine hiesige Firma Schuhe zu fahren, von seinem Wagen, den er vor seinem Hause Preisstraße eine längere Zeit ohne Aufsicht hatte stehen lassen, ein Paket mit 12 Paar Damenhalbschuhen gestohlen. Angaben über diesen Diebstahl nimmt die Kriminalpolizei Bankstraße 5/7, Zimmer 26/27, entgegen. Von dem Geschädigten wird eine hohe Belohnung zugesichert.

= **Ein Scheckfälscher.** Der arbeits- und wohnungslose Einbrecher Philipp P., wurde auf einer Ziegelei auf frischer Tat ertappt, als er wieder seinem unehrlichen Handwerk nachgehen wollte. Bei seiner Festnahme zerriß er blitzschnell einen Schein in kleine Stücke. Die gesammelten und von der Kriminalpolizei zusammengesetzten Fetzen ergaben, daß es sich um einen echten Scheck einer hiesigen Großbank handelte, den der Verbrecher selbst auf eine Summe von 18 Millionen Mark ausgefüllt hatte. P. wurde dem hiesigen Gerichtsgefängnis zugeführt.

= **Aus dem Marktkorb entwendet.** Einem zwölfjährigen Jungen aus der Rheinischenstraße wurden auf dem Alten Markt 7 Millionen Mark aus einem Marktkorbe entwendet.

Aus dem Vereinsleben.

= **Sterbekasse Grabeshilfe.** „Die Geschäftsstelle der „Grabeshilfe" schreibt uns: „Am Montag, den 10. d. Mts., gaben wir bekannt, daß ein Sarg 450 Millionen Mark und der Leichenwagen 40 Million Mark kosten. Für die beiden obigen Sterbefälle erhoben wir einen Beitrag von 1 Million Mark pro Mitglied und glaubten, nach Abzahlung der Kosten von beinahe einer Milliarde Mark für den Rest der Summe noch einige Särge kaufen zu können, damit wir nicht in Not gerieten. Aber schon am Montag wurde bekanntgegeben, daß ein Sarg 1,3 Milliarde (eine Milliarde und dreihundert Millionen) betrage. Der Leichenwagen kostet 100 Millionen. Um nun einige Särge kaufen zu können, müssen wir so schnell wie möglich pro Mitglied 2 Millionen Mark Beitrag erheben, und zwar unbedingt im Laufe dieser Woche, da man noch nicht weiß, wie die Preise in nächster Zeit sich entwickeln. Wir haben volles Vertrauen zu Vertrauensleuten und Kassierern, daß sie Verständnis haben für unsere ideale Sache. Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand bleiben, haben später den erhöhten Beitrag zu zahlen. Diese Maßnahme ist durch die andauernde Geldentwertung geboten. Vom 20. ds. Mts. beträgt die Leistungssumme, nach welcher das Eintrittsgeld berechnet wird, eine Milliarde und dreihundert Millionen Mark. Von dieser Summe haben zu entrichten, Mitglieder bis zu 30 Jahren 2%, bis 40 Jahren 3%, bis 50 Jahren 4½%, bis zu 60 Jahren 6%. Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß sich Leute in unsere Vereine aufnehmen lassen und zwar nur wegen der Sterbekasse, die nach Stand und Gesinnung nicht zu uns gehören, ja, die grade unsere Arbeiterbewegung bisher bekämpft haben. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, darauf zu sehen, daß durch solche Leute nicht ein Geist in unsere Bewegung hinein getragen wird, der großen Schaden anrichten kann. Wir sind in erster Linie eine Standesbewegung und wollen Standesbewußtsein und Standeskultur fördern. Nicht zuletzt auch unsere Standesinteressen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete. Die Kassierer werden dringend gebeten, sobald sie größere Summen haben, an den Sekretär abzuliefern. Also schnell ans Werk."

Aus der Umgegend.

* **Wattenscheid,** 15. Sept. Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Freitag bei der Firma S. Heß u. Co. in der Oststraße verübt. Eines der Dekorationsschaufenster in dem Ausstellungsgebäude wurde eingeschlagen. Offenbar mit einer Stange wurden dann verschiedene in dem Schaufenster befindliche Gegenstände herausgeholt. Es sind entwendet worden: 1 graues, sportfarbiges Jackenkleid, 1 zweifarbiges Kleid, 1 Kostümrock, 1 graues Strickjackett und 1 Damenfilzhut mit blauem Schleier. — Einen guten Fang machte eine Frau auf dem Wochenmarkte. Als sie daheim einen der erstandenen Heringe säubern wollte, fand sie unter den Kiemen eingeklemmt ein 20-Mark-Stück vor. Das schöne Geld wird neugierige Augen gemacht haben in der ungewohnten Welt, noch neugieriger aber werden gewiß die Augen der glücklichen Käuferin gewesen sein.

* **Gerthe,** 16. Sept. Schon seit längerer Zeit sind wirtschaftliche Bestrebungen zwischen Gerthe und Harpen im Gange, die eine Vereinigung des Amtes Harpen zu einem einheitlichen Gemeinwesen zum Ziele haben. Diese sind nun abgeschlossen, so daß es nur noch der Genehmigung der Provinzial- und Staatsregierung bedarf, die zweifelsohne in allernächster Zeit erfolgen dürfte, da irgendwelche Schwierigkeiten nicht zu erwarten sind.

* **Buer,** 16. Sept. Einem Anwohner der Bismarckstr. in Buer-Erle wurde aus dem verschlossenen Stall ein 120 Pfund schweres Schwein gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet. Das Tier hatte einen Wert von 1 Milliarde Mark.

* **Gladbeck,** 16. Sept. Einem Arbeiter aus der Bismarckstraße wurde in der Nacht auf Freitag aus einem Zimmer, in dem er mit drei anderen Arbeitern zusammen schlief, ein Anzug sowie eine Brieftasche mit 24 Millionen Mark und 4 belgischen Franken gestohlen.

Gemeinderatssitzung Günnigfeld.

)(**Günnigfeld,** 15. Sept. Im Parkhause fand unter dem Vorsitz des Amtmanns Baumann eine Sitzung des Gemeinderates statt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Feststellung des Gemeindehaushaltsplanes für 1923. Der Haushaltsplan ist durch die Geldentwertung schon weit überholt. Nach der Aufstellung vom Frühjahr müssen 758 059 000 Mark aufgebracht werden. Die Industrie habe sich bereit erklärt, die Deckung des größten Teiles des Defizits unter vertraglichen Bedingungen zu übernehmen unter der Bedingung, daß der Grundbesitz stärker herangezogen werde. Die Gemeindevertretung gibt der Aufstellung des Haushaltsplanes ihre Zustimmung. Im Winter wird die Feststellung eines Nachtragsetats notwendig. — Mit dem Erlaß eines Ortsstatuts über die Vereinfachung des Verfahrens zur Abänderung von kommunalen Abgaben ist das Kollegium einverstanden. Es soll ein Ausschuß aus 4 Mitgliedern und dem Gemeindevorsteher gebildet werden, mit der Aufgabe, die kommunalen Abgaben nach den von der Gemeindevertretung gegebenen Richtlinien festzusetzen. Gewählt werden die Gemeindevertreter Scholz (S.), Becker (S.), Nolte (S.), und Zimmer (D V.) Hierzu kommt noch Gemeindevorsteher Tölle.

Der Gemeinderat beschäftigte sich weiter mit der anderweitigen Festsetzung der Hundesteuer. Der Vorsitzende schlägt vor, eine Grundziffer als Grundsteuer festzusetzen und als Multiplikator die Zahl des jeweiligen Silberankaufspreises zu nehmen. Scholz (S.) schlägt vor, als Grundziffer 5 Mk. für den 1. Hund, 15 Mk. für den 2., 30 Mk. für den 3. Hund und als Zwingersteuer 15 Mk. festzusetzen. Das Kollegium ist damit einverstanden. — Die Müllabfuhrkosten haben sich durch die Arbeitslöhne ec. erhöht. Dementsprechend sollen auch die Gebühren für die Müllabfuhr erhöht werden. Das Kollegium hat nichts dagegen einzuwenden. — Der nächste Punkt: Erlaß einer Ordnung über die Erhebung einer Getränkesteuer, ruft eine größere Debatte hervor. Mit 9 gegen 2 Stimmen wird die Getränkesteuer angenommen.

Die Berufsschulbeiträge werden neu festgesetzt. Es sollen feste Sätze genommen werden, die mit der jeweiligen Ziffer des Silberankaufspreises vervielfacht werden sollen. — Der Entschädigung für den Bockhalter soll auf Vorschlag des Gv. Scholz (S.) der Preis eines Liters Kuhmilch zu Grunde gelegt werden. Unter Mitteilungen ersucht Amtmann Baumann das Kollegium, die Entschädigungssätze für die Schiedsmänner, Speiseleiter bei der Quäkerspeisung usw. nach einem beweglichen Faktor zu berechnen, so daß in Zukunft die Sätze mit dem Index steigen oder fallen. Das Kollegium ist damit einverstanden. Der Vorsitzende macht weiter auf die Erhöhung verschiedener Gebühren aufmerksam und auf eine Aenderung der Vergnügungssteuerordnung. Das Kollegium hat nichts dagegen einzuwenden. — Der Gemeindevorsteher Tölle lenkt die Aufmerksamkeit des Kollegiums noch auf die Kartoffelversorgung. Es soll eine Kontrolle über den Verbleib und Verkauf der Kartoffeln von der Gemeinde ausgeübt werden.

Wochenbeiträge zur Invaliden-Versicherung.

Was muß geklebt werden?

Uebersicht über die nach dem Reichsgesetz vom 13. 7. 1923 und den Ministerialverordnung vom 14. und 28. 7., 9., 29. und 31. 8. 1923 erforderlichen Wochenbeiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

1. **Bis zum 19. Juli 1923:** Eine Aenderung in den seit 1. Januar 1923 geltenden Lohnklassen Nr. 1 bis 13 tritt nicht ein.
2. **Vom 20. Juli 1923 bis zum 19. August 1923:**
   a) Die Klassen 1 bis 7 fallen weg.
   b) Für Lehrlinge bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, die nicht mehr als 60 000 Mark monatlich verdienen, bleiben die Klassen 8 bis 12 bestehen.
   c) Für sämtliche übrigen Versicherten sind Beiträge der alten Lohnklasse 13 in Höhe von 320 Mark zu verwenden.
3. **Vom 20. August 1923 bis zum 2. September 1923:**

Es sind neue Lohnklassen 13 bis 23 festgesetzt und zwar:

Bei einem Verdienst (Barlohn und Wert der Sachbezüge)

Lohnklasse	täglich von Mk.	bis	wöchentlich von Mk.	bis	monatlich von Mk.	bis	jährlich von Mk.	bis	Wochenbeitrag
13	—	7 200	—	41 538	—	180 000	—	2 160 000	800
14	7 201	14 400	41 539	83 076	180 001	360 000	2 160 001	4 320 000	1 400
15	14 401	21 600	83 077	124 615	360 001	540 000	4 320 001	6 480 000	2 000
16	21 601	28 800	124 616	166 153	540 001	720 000	6 480 001	8 640 000	2 800
17	28 801	39 600	166 154	228 461	720 001	990 000	8 640 001	11 880 000	3 600
18	39 601	50 400	228 462	290 769	990 001	1 260 000	11 880 001	15 120 000	4 800
19	50 401	64 800	290 770	373 846	1 260 001	1 620 000	15 120 001	19 440 000	6 000
20	64 801	79 200	373 847	456 923	1 620 001	1 980 000	19 440 001	23 760 000	7 600
21	79 201	97 200	456 924	560 769	1 980 001	2 430 000	23 760 001	29 160 000	9 200
22	97 201	118 800	560 770	685 384	2 430 001	2 970 000	29 160 001	35 640 000	11 000
23	118 801	u. mehr	685 385	u. mehr	2 970 001	u. mehr	35 640 001	u. mehr	14 000

4. **Für die Versicherten der vom 20. 8. 1923 bis 2. 9. 1923 geltenden Lohnklassen 13 bis 23 und für die durch die Verordnungen vom 28. Juli und vom 9. August 1923 eingeführten weiteren Lohnklassen 24 bis 35 gilt vom 3. 9. 1923 ab die Lohnklasse 36 — Ausnahmen siehe unter 5a und 5b —**
5. **Vom 3. September 1923 ab gelten demnach:**

Lohnklasse	täglich von Mk.	bis	wöchentlich von Mk.	bis	monatlich von Mk.	bis	jährlich von Mk.	bis	Wochenbeitrag
a) für Personen unter 18 Jahren und Lehrlinge:									
24	—	172 800	—	996 923	—	4 320 000	—	51 840 000	17 000
b) für Hausgehilfinnen, die überwiegend im Haushalt tätig sind:									
29	—	324 000	—	1 869 230	—	8 100 000	—	97 200 000	37 000
c) für Vorgenannte bei höherem Lohn und für sämtliche übrigen Versicherten:									
36	—	1 440 000	—	8 307 692	—	36 000 000	—	432 000 000	140 000
37	1 440 001	2 400 000	8 307 693	13 846 153	36 000 001	60 000 000	432 000 001	720 000 000	200 000
38	2 400 001	3 600 000	13 846 154	20 769 230	60 000 001	90 000 000	720 000 001	1 080 000 000	320 000
39	3 600 001	4 800 000	20 769 231	27 692 307	90 000 001	120 000 000	1 080 000 001	1 440 000 000	440 000
40	4 800 001	und mehr	27 692 308	und mehr	120 000 001	und mehr	1 440 000 001	und mehr	570 000
d) vom 17. September 1923 ab kommen vier weitere Lohnklassen hinzu. Dann gelten:									
40	4 800 001	6 000 000	27 692 308	34 615 384	120 000 001	150 000 000	1 440 000 001	1 800 000 000	570 000
41	6 000 001	8 000 000	34 615 385	46 153 846	150 000 001	200 000 000	1 800 000 001	2 400 000 000	740 000
42	8 000 001	12 000 000	46 153 847	69 230 769	200 000 001	300 000 000	2 400 000 001	3 600 000 000	1 060 000
43	12 000 001	16 000 000	69 230 770	92 307 692	300 000 001	400 000 000	3 600 000 001	4 800 000 000	1 480 000
44	16 000 001	und mehr	92 307 693	und mehr	400 000 001	und mehr	4 800 000 001	und mehr	1 900 000

6. **Die Verwendung unrichtiger Marken ist strafbar.**
7. **Ungültig gewordene Marken können innerhalb drei Monaten nach Ablauf der Gültigkeitsdauer bei den Verkaufsstellen umgetauscht werden.**
8. **Der Wert der Sachbezüge wird von den Versicherungsämtern festgesetzt.**

Gelsenkirchen, den 10. September 1923.

Simon, Kontrolloberinspektor.

Turnen • Sport • Spiel.

Trabrennen zu Gelsenkirchen.

× **Gelsenkirchen,** 11. Sept. Mit dem gestrigen Sonntag eröffnete der hiesige Traberverein seine Herbstsaison. Trotz der augenblicklich ungünstigen Lage hatte es die Rennleitung vermocht, einen interessanten Tag zu bieten. Die Felder waren gut besetzt, auch die Quoten fielen verhältnismäßig befriedigend aus. Eine Ueberraschung in dieser Hinsicht brachte das vierte Rennen, wo „Fürst" (Fahrer Voß) Sieg 85 : 10 brachte. Ein höchst unbefriedigendes Rennen gab der Start um den Herbstpreis für Dreijährige, wo der Favorit Aurora II mit drei Pferden startete, die, wollte man sie Rivalen nennen, ihn zum Karrengaul machten. Gute Leistungen brachten an diesem Tage ebenfalls Peri, Estiva auf, die zweimal Platz holten. Sieger waren Baron Mikosch, Hansi Medium, Lingen jun., U. S. und Tauberperle. Ein scharfes Rennen brachte der Preis von St. Tönis und der Preis von M.-Gladbach, wo die Sieger nur mit Kopflänge durchs Ziel gingen.

Handel und Gewerbe.

1 Dollar 121 Millionen im Freiverkehr

Berliner Börsenbericht.

= **Berlin,** 15. Sept. Im heutigen Freiverkehr herrschte vorwiegend feste Stimmung, wozu die bekanntgegebenen Berichte über Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat beitrugen. Unter leichten Schwankungen setzten die Preise ihre Aufwärtsbewegung fort. Allerdings blieben die höchsten Notierungen nicht voll behauptet. Es wurden schließlich folgende Kurse genannt: Amsterdam 46 700 000, Brüssel 5 900 000, Kopenhagen 21 800 000, Italien 5 400 000, London 550 000 000, Amerika 121 000 000, Paris 7 100 000, Schweiz 21 600 000, Prag 3 050 000. Es fehlte an Angebot bei andauernd lebhafter Nachfrage.

Berliner Produktenbericht.

)(**Berlin,** 15. Sept. Am Produktenmarkte ergaben sich durch die weitere Steigerung der Devisen höhere Notierungen, wobei das Inland mit Angeboten zurückhaltend blieb. Das Geschäft ist durch die infolge der enormen Preise immer schwieriger werdende Kapitalfrage stark gehemmt, besonders soweit es sich um direkte Käufe handelt. Weizen war für Mühlen weiter gefragt, wenn auch die Forderungen nicht immer zu erzielen waren. Roggen wurde erheblich gesteigert bei Käufen von Firmen, welche für die Reichsgetreidestelle handeln. Besondere Nachfrage herrschte für Roggen und Gerste aus Bremen. Hafer war sehr fest bei Nachfrage der Proviantämter. Mehl zog im Preise ebenfalls weiter an. Futterstoffe wurden wesentlich teurer bezahlt.

Zeichnungsschluß.

)(**Berlin,** 14. Sept. Die Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches wird am 18. d. M. mittags 1 Uhr geschlossen.

Einschränkungen der Edelmetallabgabe.

§§ **Berlin,** 16. Sept. Eine neue Verordnung des Kommissars für die Devisenerfassung lautet:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 7. September 1923, Reichsgesetzblatt Seite 865 der Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung bestimme ich in Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 11. September 1923 betr. Anmeldung von Edelmetallen wie folgt:

§ 1: Der Anmeldepflicht unterliegen bis auf weiteres nicht Gold oder Platin oder deren Legierungen, sofern der Gesamtwert den Betrag von 60 Goldmark nicht übersteigt, Silber und dessen Legierungen, sofern der Gesamtwert den Betrag von 100 Goldmark nicht übersteigt.

§ 2: Der Anmeldepflicht unterliegen nicht Gold- oder Silbermünzen, die aus besonderem Anlaß geprägt worden sind (Denkmünzen) und Münzen von besonderem Kunst- oder Sammelwert.

§ 3: Der Anmeldepflicht gemäß § 2 meiner Bekanntmachung vom 11. September unterliegende Edelmetalle brauchen nicht angemeldet werden, sofern sie bis zum 20. September bei einer Reichsbankanstalt abgeliefert worden sind.

Kohlenpreise in Goldmark.

)(**Berlin,** 16. Sept. (Telegr.) Am 14. September hat der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrates über die Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen, die durch die außerordentliche Steigerung der Materialstoffe und Lebenshaltungskosten, die eine entsprechende Lohnerhöhung erforderlich machten, nötig wurden. Die beschlossenen Erhöhungen sind durch den Reichswirtschaftsminister zum Teil herabgesetzt worden. Die neuen Preise gelten mit Wirkung ab Montag, den 17. September. Vom gleichen Tage ab werden die Kohlenpreise nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark veröffentlicht und berechnet. Erfolgt die Zahlung in Papiermark, so werden die Papiermarkbeträge nach der amtlichen Dollarnotierung an der Berliner Börse, Mittelkurs zwischen Geld- und Briefkurs, ein Dollar = 4,20 Mk., am Tage nach Zahlungseingang gutgeschrieben. Aus den ab 17. September geltenden Preisen verbleiben den Gruben im Ruhrrevier für 1 Tonne Fettförderkohle 19,26 Goldmark, in Oberschlesien für eine Tonne im Durchschnitt aller Sorten 13,86 Goldmark, in Niederschlesien für eine Tonne im Durchschnitt 17,86 Goldmark, in Sachsen für eine Tonne im Durchschnitt 20,30 Goldmark, in Ibbenbüren für ein Tonne im Durchschnitt 17,29 Goldmark, in Mitteldeutschland und Osteldien für eine Tonne Braunkohlenbriketts 10,45 Goldmark.

Die Verkaufspreise, die die Verbraucher zu bezahlen haben, erhöhen sich um den Betrag der Kohlensteuer, Umsatzsteuer und den Bergarbeiterwohnungsbau sowie den Aufschlag für den Handel. Sie betragen zum Beispiel für eine Tonne Ruhrfettförderkohle 28,08 Goldmark, während sie im Durchschnitt aller Sorten in Oberschlesien 19,81, in Niederschlesien 23,28, Sachsen 27,59, Ibbenbüren 24,68 Goldmark ausmachen. Hiernach stellt sich der Verkaufspreis für eine Tonne oberschlesische Flammstückkohle auf 22,98 Goldmark, niederschlesische Nuß 1 gewaschen (Fürstenstein) 27,14 Goldmark, schlesischer Stückkoks auf 36,60 Goldmark, niederschlesischer Gießerei-Stückkoks auf 42,48 Goldmark, Ruhrfettförderkohle 28,08 Goldmark und Ruhrfettstückkoks 37,2 Goldmark, Ruhr-Großkoks 1 41,01 Goldmark, mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenbriketts 14,58 Goldmark.

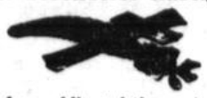
Der neue Darlehnskassen-Zinsfuß.

× **Berlin,** 15. Sept. Der Zinsfuß der Darlehnskassen beträgt von heute ab allgemein: 1. für Darlehen ohne Entwertungsklausel jährlich 108 Prozent, 2. für Darlehen mit Entwertungsklausel jährlich 109 Prozent.

Erhöhung des Diskont- und Lombardzinsfußes.

— **Berlin,** 16. Sept. Die Reichsbank hat den Diskont auf 90 Prozent und den Lombardzinsfuß auf 10 Prozent festgesetzt.

Statt besonderer Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 3 Uhr unerwartet unsere innigstgeliebte, treusorgende Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die hochachtbare 23636

Witwe Adolf Blum

Elisabeth geb. **Schlüter**

nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, gestärkt durch den Empfang der hl. Sakramente der röm.-kath. Kirche, im Alter von 55 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dieses zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Düsseldorf, den 14. September 1923.

Bekanntmachungen der Stadtverwaltung.

Bekanntmachung.

Infolge anderweitiger **Festsetzung der Milchpreise** durch den westfäl. Milchpreisausschuß werden die Kleinhandelspreise mit Wirkung vom 16. 9. 1923 erneut festgesetzt:

Für 1 Liter Vollmilch 2 700 000 Mk.
Für 1 Liter Mager- od. Buttermilch . . . 1 300 000 Mk.

Für die hiesige Landwirtschaft erhöht sich demnach der Milchpreis bei Abgabe ihrer erzeugten Milch an die hiesige Milchversorgung auf 2 065 000 Mark. 23690

Gelsenkirchen, 15. September 1923.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Der Plan über die **Aenderung der Fluchtlinien** über das Gelände zwischen Ueckendorferstraße, Buschweg und Kray-Wanner Bahn ist förmlich festgestellt und liegt zu jedermanns Einsicht in der Zeit vom 17. Septbr. bis 15. Oktbr. d. J. während der Dienststunden im Zimmer 24 des städtischen Vermessungsamtes, Neumarkt 2, offen.

Gelsenkirchen, 15. September 1823.
Der Oberbürgermeister.
I. V.: Schlüsselburg.
23625

Bekanntmachung des Finanzamtes.

Betrifft: Berechnung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn ab 16. September 1923.

Der Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohnes ermäßigt sich: 23632

1. Für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau
   a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um je 720 000 Mk. monatlich (bisher 360 000 Mk.)
   b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um je 172 800 Mk. wöchentlich (bisher 86 400 Mk.)
   c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 28 800 Mk. (bisher 14 400 Mk.)
   d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um je 7 200 Mk. für je 2 angefangene oder volle Arbeitsstunden (bisher 3 600 Mk.)
2. Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Abs. 2 E. St. G.
   a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 4 800 000 Mk. monatlich (bisher 2 400 000 Mk.)
   b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 1 152 000 Mk. wöchentlich (bisher 576 000 Mk.)
   c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 192 000 Mk. täglich (bisher 96 000 Mk.)
   d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 48 000 Mk. für je 2 angefangene oder volle Arbeitsstunden (bisher 24 000 Mk.)

Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht berechnet.

3. Zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 E. St. G. zulässigen Abzüge (Werbungskosten usw.)
   a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 6 000 000 Mk. monatlich (bisher 3 000 000 Mk.),
   b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes f. volle Wochen um 1 440 000 Mk. wöchentlich (bisher 720 000 Mk.),
   c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 240 000 Mk. tägl. (bisher 120 000 Mk.)
   d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 60 000 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden (bisher 30 000 Mk.),

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 E. St. G. den Betrag von monatlich 60 Mill. Mark um mindestens 6 Mill. Mark monatlich übersteigen. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt.

Stehen Abzüge in wirtschaftlichem Zusammenhange mit anderem Einkommen als Arbeitslohn, so sind sie zunächst von dem anderen Einkommen abzusetzen, nur insoweit diese Bezüge das andere Einkommen übersteigen, sind sie in die Abgeltung einbegriffen.

Vorstehende Bestimmungen treten ab 16. September 1923 mit der Maßgabe in Kraft, daß die darin vorgesehenen Ermäßigungen bei jeder nach dem 15. September 1923 erfolgenden Zahlung von nach dem 15. September 1923 fällig gewordenem Arbeitslohn Anwendung finden.

Gelsenkirchen, den 15. Sept. 1923.
Finanzamt.

Jüngeres
Mädchen
für kleinen, besseren Haushalt bis nachmittags gesucht. 23610
Munckelstr. 62, 2. Etg.

Besseres 23646
Mädchen
oder einfaches Fräulein, welches etwas kochen kann, zum 15. Oktober gesucht.
von Rönn,
Wannerstr. 17.

Halbtagsmädchen
für sofort gesucht.
Frau Dent. H. Lücking,
Bochumerstraße 95.

Mädchen oder Frau
für halbe Tage ges.
Ahstraße 21, I. Etg.
23638

Sauberes, braves, älteres 23645
Mädchen
sucht
Metzgerei Albring,
Bochumerstraße 104.

Braves 23639
Mädchen
für alle Hausarbeit gegen hohen Lohn sofort gesucht
Wittoch, Rotthausen,
Moltkestraße 2.

Sauberes ehrliches
Morgenmädchen
gesucht. 23642
Essenerstr. 60, 1. Etg.

Säcke
Aeltestes Sackgeschäft am Platze, gegründet 1907 kauft zu Goldkurs
Säcke und Sacklumpen aller Art.
Simons & Drewes G. m. b. H.
Florastr. 82,
Teleph. 2828.

Paßbilder
in 1 Stunde. 20841
Schützenstr. 22, Ecke Bismarckstraße.
Sonntags geöffnet.

Seilers Drehrolle
zu verkaufen oder gegen leichtes Fuhrwerk zu tauschen. 23452
Näh. i. d. Geschäftsst.

Kartoffel-Säcke
100 Pfd lassend, lochfrei, in jeder Menge zu kaufen gesucht.
L. Mols,
Ringstraße 85.
Ruf 297 und 298.



Großer Schweineverkauf.
Heute und folgende Tage trifft ein Transport großer u. kleiner Münsterländer Schweine ein, die ich billig abgebe.
Kuss, Grenzstr. 175



Treffe mit einem Transport großer und kleiner 19848
Schweine
ein, welche ich billig abgebe.
Hochstraße 75

Achtung!



Treffe heute mit einem großen Transport
Schweine
ein, die ich billig abgebe
Raphael, Königstr. 11 am Alten Markt.



6534
1 Waggon Bielefelder
Faselschweine
angekommen, welche ich sehr billig abgebe.
Karl Wiese, Gelsenk.-Bismarck, Rottstr. 20.
Verkaufsz. v. 9 Uhr ab

Jüdischer
Mittagstisch
nimmt noch einige Damen u. Herren an.
Schalkerstr. 31, 2. E.
36229

Besserer junger Mann sucht 23640
möbl. Zimmer
Zu erfr. Stempelfabrik Sturm, Weststraße 26

Ausländer sucht ein sauber
möbl. Zimmer
in nächster Nähe des Hauptbahnhofes.
Offerten unter S. C. 2043 a. d. Ann.-Exped. B. Dickmann, Florastraße 9. 23534

Pensionierter, schreibgewandter
Beamter
für leichte Bureautätigkeiten für sofort gesucht. Gute Vergütung zugesichert.
Schriftl. Anerb. unt. Nr. 23607 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Für unser Lager suchen wir zu sofort einen ordentlichen
Lehrling.
W. Wessling, A.-G.
Alter Markt 13.
23650

Jg. Mann, 33 Jahre alt, sucht tagsüber
Beschäftigung
gleich welcher Art.
Näh. in d. Geschäftsst. 23614

Tücht., selbständig arbeitender 23640
Tischlergeselle
gesucht. Näh. in der Geschäftsst. ds. Ztg.

Baldigst für landwirtschaftl. Haushalt kathol. Fräulein aus guter Familie 23610
als Stütze
gesucht.
Frau H. Holthaus, Bochum-Goldhamme, Hofstraße 16, 2. Etg.

Junge Frau mit einem Kind
sucht Stelle als Haushälterin
ohne gegenseitig. Vergütung. 23613
Kurfürstenstr. 108, Zimmer 26.

Ein sauberes, fleiß.
Mädchen
für dreiviertel Tage sof. gesucht. 23234
Fr. W. Vollminghoff, Bismarckstr. 178, Brennerei.

Gesucht ein in all. Hausarbeiten erfahr.
Mädchen
für kleinen Haushalt. Lohn zeitgemäß. Behandlung gut. 23526
Näheres für Kinderkleidung ebendaselbst gesucht
Bochumerstr. 256.

Ordentl. braves
Mädchen
für alle Hausarbeit (Privathaushalt) nicht unter 17 Jahren, geg. hohen Lohn sucht
Frau Rittenbruch, Gelsenkirchen III Festweg 13.

Ordentliches
Mädchen,
das zu Hause schlafen kann, gegen hohen Lohn gesucht. 23630
Kirchstr. 15, 1. Etg.

Ordentliches 23617
Mädchen,
nicht unter 18 Jahren, sofort gesucht.
Florastr. 76, 1. Etg.

Ordentliches 23635
Mädchen
sofort gesucht. Zeugnisse erwünscht.
Hochstraße 63, II.

Meiner verehrlichen Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich
mein photographisches Atelier wegen baulichen Veränderungen für einige Wochen schließen muß. 23637
Bestellungen auf Vergrößerungen nach jedem Bilde, sowie besondere Aufnahmen werden in meiner Privatwohnung: **Hindenburgstraße 33, 3. Etage,** entgegengenommen.
Hochachtungsvoll
Photograph Albert Lange,
Gelsenkirchen, Bahnhofstraße 62. Telephon 730.

Durchaus perfekte
Stenotypistin
die auch in anderen Bureauarbeiten, besonders in der Registratur bewandert sein muß, für sofort gesucht. Anfängerinnen kommen nicht in Frage.
Schriftliche Gesuche mit lückenlosem Lebenslauf und Zeugnisabschriften an
W. Wessling A.-G.
Alter Markt 13.
23649

Mehrere tüchtige
Verkäuferinnen
gesucht. 2363
Arthur Eiter, Bahnhofstraße 70.

Zwei junge Ingenieure suchen
möbl. Zimmer
mit Kost evtl. wird **Tausch** einer **3-Zimmer-Wohnung** ermöglicht.
Schriftl. Anerbieten unter Nr. 23619 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bierpreise

Lagerbier	Gruppe I	2,8
	„ II	3,0
	„ III	3,2
Exportbier	Gruppe I	2,4
	„ II	3,6
	„ III	3,8
Spezialbiere	Gruppe I	3,8
	„ II	4,1
	„ III	4,3

Auf Teilzahlung!
Kammgarn, Cheviot, Herren- und Damenstoffe, Schotten, Blusenstreifen, Biber, Bettsiamosen, Hemdentuch, Nessel, Schürzenstoffe, Handtuchgebild, sämtliche
Manufakturwaren
auf bequeme Ratenzahlung.
A. Breindel
42 Weidenstraße 42.

Ich zahle für **sämtliche Metallabfälle die höchst. Preise** wie:

Kupfer	8 000 000 Mk.
Rotguß	6 000 000 Mk.
Messing	4 000 000 Mk.
Zink u. Blei	2 000 000 Mk.

Rohprodukten-Handlung
Grillostraße 120. 23514

Harn-, Haut- u. Blasenleiden
Blutproben, Flechten, Hautausschläge. Geschwüre, Krätze, Gallensteine, operationslose Behandlung von Frauenleiden. Größte Erfolge nachweisb. selbst i. verzweifelt. Fällen. Homöopathie. Naturheilverfahren. Elektrizität und Höhensonne.
A. Demke, Gelsenkirchen, Hofstr. 2, am Alten Markt.
Sprechzeit 9½-1, 4-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

M. Haim
Dentist
Telephon 2146. Kreuzstr. 3.
Sprechstunden 9—12 und 3—6 Uhr. 4099

Bist du angeklagt?
Rat und Hilfe in **Strafsachen, Strafaufschub, Begnadigung,** sowie in **Mietstreitsachen,** in all. Prozeßsch. insbesondere **Ehescheidungen** erteilt
Rechtsauskunftstelle Willeke,
Augustastraße 3. Telephon 1112.

Für Auswanderer!
Auswanderer, Fortziehende oder solche, die den Haushalt aufgeben, erzielen die besten Preise gegen Barzahlung in meiner Auktions-Halle Restaurant „Zum Tiergarten"
FLORIAN KLESSE,
Auktionator und Taxator,
Marktstr. 11. Tel. 2971. Großes Lager.

Drucksachen für Handel und Gewerbe
in geschmackvoller Ausführung schnell und preiswert in der Buch- und Kunstdruckerei Chr. Münstermann, Gelsenkirchen, Abstr. 37

Beindorf's Tanzschule
Kampstraße 43, Telephon 2308.
Die neuen Herbstkurse
beginnen: Für Erwachsene:



Montag, 17. ds. Mts. abds. 8 Uhr, für Schüler und Schülerinnen höh. Lehranstalten Mittwoch, 19. ds. Mts., nachm. 4 Uhr, für Vorgeschrittene Mittwoch, 19. ds. Mts. abds. 8 Uhr. Gefl. Anmeldg. erwünscht.

Wehners Tanzschule
König- und Rolandstraßen-Ecke.
Privatsaal im Hause.



Neuer Kursus für Anfänger beginnt am Donnerstag, den 20., Dienstag, den 25. September, abends 8 Uhr. 23460
Moderne Zirkel am Mittwoch, den 26. Sept.
Gefl. Anmeldungen erwünscht. D. O.

Asthma- u. Keuchhusten



Bistol Seife
nach Dr. med. Eulberg
hilft
Fragen Sie Ihren Arzt

Lastwagen 5 t Anhänger 3-5 t
zu kaufen gesucht.
Bernh. Beckers
Ingenieur, 23606
Grenzstr. 118, Tel. 1202.

25 Schlacht- und Legehühner
zu verkaufen.
Bochumerstraße 56, Laden. 23645

Fernglas
(Zeiß) zu verk. 23609
Näh. in d. Geschäftsst.

Zeitungspapier
kauft 23147
Fischhalle,
Klosterstr. 7.

Mittelgroßer 23624
Reisekorb oder Rohrplatten-Koffer
zu kaufen gesucht.
Schalkerstr. 161, part.

Krätze
entsetzl. Hautjucken beseitigt in kürzester Zeit unter Garantie ohne Berufsstörung u. ohne Schmierkur
Beinleiden
auch in veralt. Fällen werd. u. Garant. geh.
Flechten,
nasse und trockene, Eitergeschwüre, Kopfschorf bei Kind. sow. sämtl. Hautkrankheit. werden gehellt.
Heilinstitut, für alle Hautkrankheiten.
Wanne, Hindenburgstraße 115.
Jeden Dienstag u. Freitag v. morgens 9.30 bis 12.15 Uhr in Gelsenkirchen, Wirtschaft Simon, Alter Markt. 7660

Korb-Kinderwagen gegen Küchenschrank oder Sofa
zu tauschen gesucht.
Bergstr. 14 3. Etg.

Wäsche und Strümpfe zum Ausbessern
werden angenommen.
Näh. in d. Geschäftsst. 23623

Mitesser
Pickel im Gesicht u. am Körper beseitigt rasch und zuverlässig. Zuckers Patent-Med.-Seife. Nach jed. Waschung mit Zuckoob-Creme nachbehandeln. Frappante Wirk., von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfüm.- und Friseurgeschäften erhältlich. 17820

Oskar Sturm Weststr. 26 Stempelfabrik

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
kaufe zur Selbstverarbeitung.
Laboratorium
Kreuzstr. 3, II. E.

Unreiner 10227
Teint
Pickel, Mitesser, Blüten verschwind. sehr schnell, wenn man abends den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife eintrocknen läßt. Schaum erst morg. abwasch. u. m. Zuckoob-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Droger., Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich. 10227

BAHNHOF-HOTEL
GELSENKIRCHEN
Das führende Haus am Platze.
Leitung: Georg Feldmann.

Täglich 7 Uhr:
Das neue Programm
Der große Erfolg!
Einheitspreis auf allen Plätzen.

Herko-Motorräder



2 PS
ausgezeichnet mit dem **Siegeskranz f.** die beste Zweitaktmaschine bis 175 km
Benker-Motorräder
2½ PS mit 2 Ganggetrieben, Leerlauf-Kuppelung und Kickstarter. 20494
Generalvertreter für das Ruhrgebiet:
Albert Stork, Gelsenkirchen,
Ringstraße 52. Telephon 2817.
Reparaturen schnell und fachgemäß.

Bekanntmachung.
In der Innungs-Versammlung vom 29. 8. wurde lichtersparnishalber beschlossen, die Arbeitszeit von 8—12 und ½2—½6 Uhr einzuführen. Unsere Kundschaft möge in Anbetracht der Zeit unserem Beschluß Rechnung tragen.
Schmiede-Zwangsinnung
Gelsenkirchen. 23631

ZIEGELSTEINE
sofort greifbar, unter Verbandspreis zu verkaufen. Anfragen erbeten an
THEODOR IMBERG
AKTIEN-GESELLSCHAFT / BOCHUM
MINERAL / BAUSTOFFE / HOLZ / EISEN.

Zigaretten
Größte Auswahl noch preiswert.
Nur für Wiederverkäufer.
Niederländische Tabakmanufaktur G. m. b. H.
Ahstraße 1 (Georgshaus) Telephon 3370.
23641

Transporte Köln—Ruhrgebiet
und umgekehrt. Es werden Güter angenommen
in Gelsenkirchen bei Spediteur R. Burgmer,
Bochumerstraße 18,
in Köln bei Spediteur M. Roth, Lichhof 16,
Telephon Rheinland 3382. 23611

Frauen und Töchter
die sich im Schneiden, Modellentwerfen, Anfertigung von Damen- und Kindergarderobe für Beruf und Familie sowie zur Meisterprüfung ausbilden wollen, erhalten gründlichen Unterricht bei
Frau Johann Peters, Kaiserplatz 1, I. Etage.
Auf Wunsch Abendkursus. 4122 Telephon 3540

Zentral-Theater
Operettenbühne.
Heute zum letzten Male:
Alt Heidelberg
Schauspiel i. 5 Akt. von Wilh. Meyer-Förster.
Morgen Dienstag bleibt das Theater zwecks Vorbereitung d. neuen Operette „Die Spitzenkönigin" geschloss.
Mittwoch abend 8 Uhr:
Premiere
Die Spitzenkönigin
Operette in 3 Akten von Rich. Bars und Oskar Felix, Musik v. Walt. W. Goetze.

Café Corso
Konzert * Café
Kabarett
Gelsenkirchen
Bahnhofstraße 64
Telephon 3352
Das tonangebende Familien-Café.
Täglich nachmitt. und abends: d. bestbek. Opern- u. Operettensänger.
Erna Kamp
Zivile Preise.
Dortm. Ritterpils.

Tanzschule Fischbach
Tel. 1533. Kampstraße 35. — Eigener großer Parkettsaal. Ausbildung in Rund- und modernen Tänzen, einzeln u. zu mehreren. Ausbildung u. Aufnahme täglich.

Bungerts Privat-Tanzlehrinstitut
Karlstraße 25, Nähe Neumarkt. Tel. 2495.
Kein langweiliger Kursus, welch. monatelang dauert. In 3-4 Std. vollständ. ballfähig. Keine Zuschauer, dah. ungenierteste Ausbildung besonders f. ält. Personen. Unterricht von morgens bis abends.



Ehrensache!
3 Freunde, 21 bis 24 Jahre, Landwirtssöhn. da hier unbekannt, suchen auf dies. Wege Damenbekanntsch. i. gleich. Alter, zwecks späterer
Heirat.
Vermögen Nebensach. Nur Ernstmeinende mögen sich melden. Ohne Adr. zwecklos.
Schriftl. Anerb. unt. Nr 23647 an die Geschäftsstelle dis. Ztg.

Heirat.
Witwer, 46 J., gute flotte Erscheinung, m. 2 Geschäft. u. schön. schuldenfr. Besitzung, N. Essen (Kinder abgefunden) wünscht eine ält. kath. Dame o. Witwe ohne Anh. von angen. Aeußern, welche Liebe z. Geschäft hat, kennen z. lernen, um d. Abend seines Lebens mit ihr glücklich zu verleben. (Vermögenden Damen wird Vermög. sicher gestellt.)
Schriftl. Anerb. mit Bild unter Nr. 23609 an die Geschäftsst. d. Ztg. (Diskretion wird zugesichert.)

Zwei Damen, 23 u. 24 Jahre, suchen die Bekanntschaft zweier kath. gebildet. Herren in gesicherter Lebensstellung zwecks
Heirat.
Anzeb. m. Bild unt. Nr. 23643 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Die erkannten Personen, welche Donnerstag, den 13. 9., auf dem kath. Friedhof (Bismarck) m. einem sich angeeigneten, fremden Hunde gesehen worden sind, werden ersucht, denselben sof. dem Eigentümer Prinzenstraße 2, zuzuführ. andernfalls wird gerichtlich vorgegangen
23637

Diejenige Person, welche mir am Freitagabend geg. 7 Uhr in der Meinrichstr. am Kartoffelwagen die Brieftasche gestohlen hat, ist erkannt, und wird aufgefordert, dieselbe binnen 24 Std. in d. Geschäftsst. d. Ztg. abzugeben, andernfalls rücksichtslos Anzeige erstattet wird. 23631